

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mifflinghaus, Berlin.
Fernsprecher: Karl Döschel 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Zella-Allianz-Platz 8
Druckanschrift: Copalstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Zeilen
vor dem Quartalschluss, wenn nicht anders vermerkt ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 1. August 1930

Worum geht es ?

Titel: Inkubator
S. 88: Geschichte
Amsterdam

Der Sinn der provisorischen bürgerlichen Sammlung.

SPD. Das grosse politische Zauberkunststück der Herstellung eines evangelischen Zentrums ist gründlich missglückt. Von der für den Wahlkampf zur Verfügung stehenden Zeit sind nunmehr bereits Wochen verflossen und die völlig in Verwirrung geratenen bürgerlichen Parteien haben sich immer noch nicht endgültig formiert. Es sind bisher zwei Gruppen sichtbar geworden, die eine um die sogenannte deutsche Staatspartei, die andere um die zersplitterten Neubildungen, die sich von der Deutschnationalen Volkspartei losgelöst haben. Zwischen beiden steht die Deutsche Volkspartei, die auf der einen Seite aus Sorge um ihren Wählerbestand nicht endgültig mit der neugebildeten Deutschen Staatspartei brechen möchte, auf der anderen Seite aber aus innerem Drang zur Rechten hingezogen wird. Die Grenzen zwischen den beiden grossen Gruppen sind darum noch absolut flüssig. Ob sich eine sogenannte neue Rechte herauskristallisiert, bestehend aus Volkspartei, Wirtschaftspartei, Konservativer Volkspartei und Landvolk, steht durchaus noch nicht fest. Wie immer aber auch die Gruppierung der bürgerlichen Parteien vor der Wahl erfolgen wird - ihre endgültige Neuformierung wird ebenso wie der wahre Charakter der neugebildeten Gruppe wahrscheinlich erst dann sichtbar werden, wenn es gelten wird, die Folgerungen aus dem Wahlergebnis zu ziehen.

Wie die Dinge heute liegen, geht wahrscheinlich die Deutsche Volkspartei der schwersten Wahlniederlage entgegen. Sie hat dieses Schicksal reichlich verdient. Sie hat bewusst die Krise gefördert, sie hat ohne Rücksicht auf den Staat und das Wohl des Volkes die engen Interessen des ausgesprochenen Scharfmachertums vertreten. Die letzten Hemmungen, die den Scharfmacherstandpunkt in dieser Partei zu Lebzeiten Stresemanns entgegengesetzt worden sind, sind nach dem Tode Stresemanns gefallen. Eine Wahlniederlage der Volkspartei, die nach den Erfahrungen bei der sächsischen Landtagswahl zu erwarten ist, wird deshalb allgemein als gerechte Abrechnung mit den Scharfmachern empfunden werden !

Aber es wäre ein irriger Glaube, wollte man annehmen, dass eine Schwächung der Volkspartei politische Schwächung und Ausschaltung des Scharfmachertums bedeuten würde. Die Scharfmacher sind munterer und fühlen sich stärker denn je! Während die Kartenhäuser der bürgerlichen Parteien hin und her schwanken, hat das Unternehmertum längst eine sehr solide Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft zustande gebracht! Die Massenkündigungen der Angestellten der Grossunternehmungen zeigen, dass die Scharfmacher die Zeit der Krise um jeden Preis gegen die Arbeiterschaft auszunutzen gedenken. Sie sind sicher, dass wie immer auch Parteigrenzen und Parteinamen sich ändern werden, sie auch im kommenden Reichstag über starke politische Kräfte verfügen werden, die in ihrem Interesse wirken !

Der tiefere Sinn des Regierens ohne Sozialdemokraten, das, wie Herr

Stegerwald in Essen bekannt hat, der Reichspräsident ausdrücklich gewünscht hat, liegt darin, dass das Bürgertum ein neues politisches Solidaritätssystem mit den ostpreussischen Junkern aufgerichtet hat. Die Ergänzung der Brüning-Front durch die Gruppen um Schiele und Westarp ist erkaufte worden durch politische und wirtschaftliche Begünstigung des ostelbischen Agrariertums. Das Wort von der reaktionärsten Regierung seit der Revolution, das Herr Schlack beim Beginn des Kampfes um das System Brüning ausgesprochen hat, hatte einen tieferen und wahreren Sinn, als sein Urheber vielleicht ahnte! Das industrielle Bürgertum sucht Bundesgenossen gegen die Kräfte der Arbeiterschaft bei den politischen Kräften von vorgestern!

Die grosse bürgerliche Sammlung, die Herrn Scholz vorgeschwebt hatte, der Mischmasch aus liberal und konservativ, fortschrittlich und reaktionär sollte der parteipolitische Ausdruck des neuen Bündnisses zwischen Scharfmachertum und Grossagrariern werden. Dieser absolute Durchbruch des Scharfmachergedankens ist bisher nicht gelungen.

Es erhebt sich nun die Frage: Wird die neu gegründete Deutsche Staatspartei im bürgerlichen Lager ein Gegengewicht gegen die Sammlung des Scharfmachertums bilden? Die Möglichkeit besteht, dass im Wahlkampf, vor der Wahl, der brutale Vorstoss der Grossunternehmer gegen Angestellte und Arbeiter ein trennendes Moment zwischen der Deutschen Staatspartei und der neuen Rechten sein wird. In den Kreisen der Deutschen Staatspartei und ihrer Presse bemüht man sich nach Kräften, von diesem Vorgehen abzurücken. Besonders die bisher demokratische Presse ist eifrig am Werke, um den Führer der Berliner Scharfmacher Carl Friedrich von Siemens von den Rockschössen der ehemaligen demokratischen Partei und der jetzigen Deutschen Staatspartei abzuschütteln. Das Vorgehen der Scharfmacher spricht lauter als alle Gründungsaufrufe und Wahlaufrufe und als alle jene politischen Schlagworte, die wie ein Nebel das ängstliche Streben um parteipolitische Neugestaltung im bürgerlichen Lager umgeben. Das Bekenntnis zum Vorgehen der Berliner Scharfmacher legt jeden, der es ausspricht, eindeutig auf den Kurs der sozialen Reaktion fest.

Dies Vorgehen findet Verteidiger in der Presse Hugenbergs, aber zugleich auch in der Presse der Konservativen Volkspartei. Damit ist der Charakter der sogenannten neuen Rechten ganz eindeutig festgestellt. Der rechte Flügel der Koalition um Brüning will diesen Kurs, und das System Brüning ist von ihm abhängig!

In der Wahl fällt die Entscheidung, ob dies System eine Mehrheit erhalten soll. Nach der Wahl aber wird sich entscheiden müssen, welche Folgerungen das Bürgertum und seine parteipolitischen Neugruppierungen aus der Entscheidung der Wähler zu ziehen gedenken. Darum ist es nötig, den Brüningblock entscheidend zu schwächen, und die Front der Sozialdemokratie so stark zu machen, dass das neue gegen die Arbeiterschaft gerichtete Solidaritätssystem zwischen dem industriellen Bürgertum und den Grossagrariern gesprengt werden kann!

SPD. Hannover, 1. August (Eig. Drahtb.)

Unter den hannoverschen Nationalsozialisten tobt ein heftiger Kliquenkampf der jetzt zu handgreiflichen Auseinandersetzungen geführt hat. Unter Führung prominenter Häuptlinge drang eine Horde von 16 Hakenkreuzlern mit Gewalt in den hiesigen nationalsozialistischen Buchladen ein und holte Bücher, Möbel usw. heraus. Der Inhaber des Buchladens gehört zur Strasserrichtung und wird infolge dessen von den Hitlerianern als Todfeind betrachtet und entsprechend behandelt.

Auch in den beiden nationalsozialistischen Sturmabteilungen herrscht grosser Krach. Sie sind gegenwärtig beide ohne Führer. Die bisherigen Führer wurden abgesägt, weil sie sich dem Kommandoton des "Obersten Staffeldajutanten" nicht fügten. Die an ihre Stelle gesetzten Nachfolger wurden von den Sturmabteilungen abgelehnt. Jetzt hat der "oberste Staffeldajutant" die Führung vorläufig selbst übernommen.

SPD. Dessau, 1. August (Eig. Drahtb.)

Dem bisherigen Leiter des Dessauer Bauhauses, dem Schweizer Architekten Hannes Meyer, ist von der Dessauer Stadtverwaltung nahegelegt worden, von der Leitung des Bauhauses zurückzutreten. Diese Massnahme hat politische Gründe. Meyer hat, wie der Oberbürgermeister in einer Pressebesprechung hervorhob, die am Bauhaus bestehenden kommunistischen Bestrebungen mindestens nicht gehindert. Er trägt die Verantwortung für wiederholte Ereignisse höchst unerfreulicher parteipolitisch-kommunistischer Agitation. Nachfolger Meyers ist der Berliner Architekt Mies van der Rohe.

SPD. Der Pfarrer der Mannheimer Lutherkirche, Dr. Ernst Lehmann, der jahrelang Mitglied der Demokratischen Partei war, ist zur Sozialdemokratie übergetreten. In seinem Aufnahmegesuch heisst es u. a. :

"Wenn ich als fast 70-Jähriger mich noch zu diesem Schritt entschlossen habe, so erfordert derselbe auch eine besondere Begründung. Denn ich komme zu der SPD. als einer, der von Beginn meiner pfarramtlichen Wirksamkeit an in engster Fühlung mit dem werktätigen Volk, unter der Führung Friedrich Naumanns in die Politik hineingegangen bin. Ich habe dann mit Naumann und seinen Anhängern den gemeinsamen Eintritt in die sich heute deutsch-demokratisch nennende Partei vollzogen und in deren Auftrag auch einige Male zum badischen Landtag kandidiert. Seither habe ich aber in steigendem Masse die Beobachtung gemacht, dass die deutsch-demokratische Partei den meiner Überzeugung nach für das Volk wohl notwendigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben, um deren Verwirklichung willen sich meine politischen Freunde mit mir dereinst der Partei angeschlossen hatten, infolge ihrer Zusammensetzung nicht oder nicht mehr gewachsen ist. Diese Beobachtung ist mir zur Gewissheit geworden angesichts der Vorgänge, die sich im Hintergrund des auch von den Demokraten mitunternommenen Experiments des Brüningblocks abgespielt haben und noch abspielen: ich sehe in diesen Vorgängen nur zu deutlich den planmässigen und konzentrischen Angriff des Kapitalismus, des sich hinter dem Schlagwort der Kapitalbildung versteckenden reinen Renteneinkommens, gegen die Arbeit und ihre gerechte Entlohnung.

Wenn, um nur eines herauszugreifen, die J.G.-Farbenindustrie als das grösste deutsche Industrieunternehmen mit einem reinen Barvermögen von über 100 Millionen Mark trotz bereits an im Deutschen Vaterland vorhandener vieler hunderttausender Arbeitsloser, in dem einen Jahr 1929 durch die Entlassung von über 20 000 Arbeitern und Angestellten eine Summe von etwa 56 Millionen Mark einspart, um damit, ganz zu schweigen von den Tantiemen und Spitzgehältern ihrer Aufsichtsräte und Generaldirektoren, die doppelte Summe, nämlich 112 Millionen Mark in Gestalt einer 14-prozentigen Dividende über ihre nicht mitarbeitenden Aktionäre "auszuschütten", so ist das gewiss eine kapitalistische Brutalität erschreckendster Art. Wenn dazu aber dieselbe Unternehmung durch ihre in den verschiedenen bürgerlichen Parteien sitzenden Aufsichtsräte die Front derer verstärkt, welche die Lasten der wesentlich durch sie verursachten Arbeitslosigkeit systematisch auf die Schultern der durch sie in ihrer ganzen Arbeitsexistenz erschütterten Kreise abzuwälzen suchen, so ist das allerdings ein Fanal, wie es mit der wirtschaftlichen die politische Lage innerhalb unseres deutschen Vaterlandes nicht gut greller beleuchten kann.

Angesichts dieser Lage führen meine eigenen politischen Anschauungen nun auch mich noch, ebenso wie meinen langjährigen Parteifreund Anton Erkelenz, in die Reihen der Sozialdemokratischen Partei, welche mir die gekennzeichnete Lage allein zu durchschauen und aus dieser Erkenntnis heraus den unumgänglichen Kampf für die Arbeit und das werktätige Volk zielbewusst und besonnen zu führen sucht. Ich bin mir daher auch bewusst, dass ich mit diesem Schritt nichts weniger tue, als etwa meine politische Vergangenheit zu verleugnen.

Das geht schon daraus hervor, dass ich als religiöser Sozialist mit den religiösen und sittlichen Vorbehalten in die SPD. eintrete, mit denen etwa Christoph Blumhardt vor manchem Jahrzehnt seinen Eintritt in die SPD. vollzogen hatte. Aber gerade als religiöser Sozialist weiss ich auch, dass zu den religiösen Grundordnungen der Menschheit in allererster Linie die Arbeit und ihre gerechte Entlohnung gehört und dass der Schutz der Arbeit gegen kapitalistische Ausbeutung, Entrechtung und Entwürdigung daher als ein oberstes sittliches Gebot anzusehen ist."

SPD. Oslo, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der Verband der norwegischen Papierarbeiter hat die Tarifverträge für sämtliche ihm angeschlossenen Arbeiterkategorien zum 15. August gekündigt. Von der Kündigung werden rund 13 000 Arbeiter betroffen, die, falls sich die Arbeitgeber nicht noch zur Erfüllung der Forderungen des Verbandes entschliessen sollten, Mitte August in den Streik treten werden. Der Verband fordert eine Erhöhung der Löhne und eine längere Ferienzeit.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der "Intransigeant" beginnt in seiner Freitagnummer mit einer Artikelserie, die den Titel trägt "Die St. Bartholomäus-Nacht am Rhein" und die haarsträubendsten Erzählungen nach Frankreich geflüchteter rheinischer Separatisten enthält. Etwa 163 Personen, die nach den Ausschreitungen der nationalsozialistischen Elemente vor und während der Befreiungsfeiern nach Metz geflohen waren, sind Gegenstand der Enquete des Blattes. Mit breitem Behagen werden zunächst Erzählungen der Flüchtlinge, die in Metz bei der Heilsarmee freundliche Aufnahme gefunden haben, wiedergegeben. U. a. behauptet ein Arbeiter namens Munier aus Trier, dass er mit seinem Bruder zehn Tage lang von der wütenden Menge belagert worden sei und während dieser zehn Tage und Nächte kein Polizist interveniert habe, bis es ihm schliesslich gelungen sei zu flüchten. Ein Fabrikant aus Kaiserslautern behauptet desgleichen, dass an der Plünderung seiner Wohnung die führenden Persönlichkeiten der Stadt teilgenommen hätten und die Polizei sich ängstlich gehütet habe, einzugreifen. Mit mehr oder minder grausigen Einzelheiten sind auch die anderen Berichte gespickt.

Man fragt sich, warum ein seriöses Blatt wie der "Intransigeant" es für notwendig hält, die offenbar übertriebenen und von einer krankhaften Phantasie gesteigerten Erzählungen der unglücklichen Opfer hakenkreuzlerischer Ausschreitungen in grosser Aufmachung als politisches Faktum seinen Lesern zu servieren.

SPD. Der Preussische Justizminister Dr. Schmidt hat unter dem 29. Juli folgende Allgemeine Verfügung erlassen :

"Die zunehmende Verrohung des politischen Kampfes, insbesondere die sich häufenden planmässigen Überfälle von bewaffneten Gruppen radikaler Parteien auf politische Gegner haben in letzter Zeit die öffentliche Sicherheit in bedrohlicher Weise gefährdet. Zur Verhütung derartiger Ausschreitungen hat der Herr Reichspräsident auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung die Verordnung gegen Waffenmissbrauch vom 25. 7. 1930 erlassen. Nach § 3 wird mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft, wer gemeinsam mit anderen zu politischen Zwecken an öffentlichen Orten erscheint und dabei bewaffnet ist. Eine Umwandlung der Gefängnis- und eine Geldstrafe ist nicht zulässig (§ 27 b StGB). Soll der Zweck der Verordnung erreicht werden, so wird die verhängte Gefängnisstrafe in der Regel unnachsichtig vollstreckt werden müssen. Ihre bedingte

Aussetzung mit Bewährungsfrist wird nur ganz ausnahmsweise beim Vorliegen besonderer Umstände gewährt werden dürfen. Auch die bedingte Aussetzung eines Teils der Strafe wird grundsätzlich nur in Frage kommen, wenn mindestens 3 Monate der Strafe vollstreckt sind. Die Oberstaatsanwälte ersuche ich, bei ihrer Stellungnahme zur Frage der Strafaussetzung auf die Beachtung dieser Gesichtspunkte hinzuwirken."

SPD. Köln, 1. August (Eig. Drahtb.)

Eine stark besuchte Versammlung der Angestellten der Kölner S.P.D. und der Gewerkschaften, der Angestellten der sozialistischen Betriebe sowie der sozialdemokratischen Beamten hat beschlossen, dass jedes diesen Kreisen angehörende Parteimitglied als Beisteuer zum Wahlfonds einen Betrag in Höhe von zehn Prozent eines Monatsgehaltes abführen soll. Der Beschluss wurde einstimmig gefasst. Ein ähnlicher Beschluss wurde auf einer Konferenz der Gau- und Bezirksleiter, der Ortsausschuss-Sekretäre und freien Angestellten der Gewerkschaften des Rheinlandes und Westfalens gefasst.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Ein Militär-Transportauto, das grosse Mengen Munition nach der Festung von Castillon bringen sollte, ist in der Nähe von Nizza von einem Viadukt in eine zehn Meter tiefe Schlucht gestürzt. Drei Offiziere, die den Transport begleiteten, wurden lebensgefährlich verletzt.

SPD. Köln, 1. August (Eig. Drahtb.)

Wie die "Kölnische Zeitung" meldet, hat der frühere Reichsfinanzminister Professor Moldenhauer an den Wahlkreis-Vorsitzenden Köln-Aachen der Deutschen Volkspartei die Bitte gerichtet, von seiner Wiederaufstellung für die Reichstagswahlen abzusehen.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Das Mitglied der französischen Botschaft in Berlin, Professor Hesnard, der seit Donnerstag in Paris weilt, ist am Freitag von Briand zu einer längerer Unterredung empfangen worden. Wie der "Paris Midi" behauptet, habe Briand Professor Hesnard eigens nach Paris kommen lassen, um sich über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Deutschland Bericht erstatten zu lassen.

SPD. Am Freitag ist die "Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A.G." mit einem Aktienkapital von 150 Millionen Mark und ausgewiesenen Reserven im Betrage von 105 Millionen Mark gegründet worden, mit deren Hilfe die Reichsregierung auf Grund zurückfliessender Gelder aus der produktiven Arbeitslosenfürsorge Mittel für ihr Arbeitsbeschaffungsprogramm hereinholen will. Als Zweck des Instituts wird die "Errichtung und der Ausbau wertschöpfender Anlagen durch Aufnahme von Anleihen und Darlehen im In- und Auslande und die Gewährung von Darlehen im Inlande an öffentlich-rechtliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen" angegeben. Das reguläre Bankgeschäft, z.B. Annahme von Depositen, ist der Bank nicht gestattet. Die Gesellschaft

untersteht der Aufsicht des Reiches. Zum Aufsichtsratsvorsitzenden wurde der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Dernburg gewählt. Der Aufsichtsrat selbst besteht vorläufig aus Regierungsbeamten. Er soll durch Vertreter der Wirtschaft, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ergänzt werden.

SPD. Paris, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der 1. August ist, wie vorauszusehen war, in Paris vollkommen ruhig verlaufen. Abgesehen von Tausenden berittener Gendarmen und Infanteristen, die die Strassen seit den frühen Morgenstunden belagerten, wies das Strassenbild keinerlei auffallende Merkmale auf. Auch in der Provinz ist der Tag bis zum späten Nachmittag vollkommen ruhig verlaufen.

SPD. München, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der Bayerische Landtag hat am Freitag den Vorschlag der Regierung, den Haushalt mit Hilfe der Schlachtsteuer auszugleichen, endgültig abgelehnt, dem Finanzgesetz selbst aber zugestimmt, sodass das Land Bayern nun zum 6. Male einen Defizitetat aufweist. Damit steht Bayern am Rande des finanziellen Bankrotts, denn der Finanzminister erklärte, dass die absolut notwendige Fundierung der kurzfristigen Schulden im Betrage von rund 130 Millionen von den amerikanischen Geldgebern nur zugestanden wird, wenn der Etat 1930 ausgeglichen ist.

Dieser Trümmerhaufen ist das Ergebnis der seit sechs Jahren bestehenden Regierung Held, deren Bürgerblockkoalition darüber zerbrochen ist. In einer Erklärung, mit der die sozialdemokratische Fraktion das Finanzgesetz ablehnte, sind die inneren Zusammenhänge des Bankrottsystems Held vor dem ganzen Lande aufgedeckt. Durch die fortwährende Schuldenwirtschaft ist das Land in die grösste Verwirrung gestürzt, nichts wurde unternommen, um zu geregelten Finanzen zu kommen. Alle Sparvorschläge blieben theoretische Programme, die Staatvereinfachung versandete in ihren ersten Anfängen, dagegen wurden immer neue, weit über die Verhältnisse des Landes hinausgehende freiwillige Leistungen an die hinter dem Bürgerblock stehenden Interessengruppen gemacht. Die Kirchengesellschaften allein erhalten heute 28 Millionen freiwillige Zuschüsse, die sich 1913 noch auf 8 Millionen bezifferten und in früheren Zeiten der Monarchie überhaupt nicht gewährt wurden. Das Allgemeinwohl des Landes und des Volkes wurde dem nackten Gruppenegoismus bestimmter Interessengruppen geopfert mit dem Erfolg, dass in keinem grösseren Lande Deutschlands die Verhältnisse so verworren sind wie in Bayern.

Die Regierung Held will nun ihrem offenen Bankrott dadurch entgehen, dass sie die abgelehnte Schlachtsteuer, mit der sie den grösseren Teil des jetzigen Defizits decken zu können glaubt, mit Hilfe des § 64 der Verfassung, der dem Artikel 48 der Reichsverfassung entspricht, in Kraft setzt. Die Ausschaltung der Volksvertretung konnte die Sozialdemokratie aber noch im letzten Augenblick verhindern. Sie stellte den Antrag, dass der Landtag seine gegenwärtige Tagung nicht abschliesst und sie fand dafür auch eine Mehrheit. Dadurch ist erreicht, dass die Volksvertretung nach dem eventuellen Erlass einer sogenannten Notverordnung sofort wieder zusammentreten und die Aufhebung der Verordnung beschliessen kann.

SPD. Die Reichsbank hat die 8%igen Goldhypothekenpfandbriefe Reihe 17 der Arbeiterbank nahestehenden Hannoverschen Bodenkreditbank im Gesamtbetrag von 5 Millionen Mark und die 8%igen Goldkommunalschuldverschreibungen Reihe 3 ebenfalls im Betrage von 5 Millionen Mark zur Beleihung zugelassen.

SPD. München, 1. August (Eig. Drahtb.)
Das bayerische Kultusministerium hat das angekündigte Verbot gegen die Kinderfreunde nunmehr erlassen. Unter Hinweis auf eine Regierungsentscheidung aus dem Jahre 1924 ist im Staatsanzeiger eine Bekanntmachung erlassen worden, die allen Schülern der Volksschulen und der Berufsbildungsschulen die Teilnahme an den Veranstaltungen der Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde allgemein untersagt. Begründet wird das Verbot mit der Behauptung, dass die Kinderfreunde eine parteipolitische Einrichtung sei.

SPD. Bochum, 1. August (Eig. Drahtb.)
Am Freitag vormittag hat die gesamte 600 Mann starke Belegschaft des Blechwalzwerks der Eisen- und Hüttenwerke A.G. in Durchführung ihres Beschlusses, das neue Akkordtarifangebot der Werksleitung, das Abzüge von nicht weniger als 14 bis 20 % vorsieht, abzulehnen, die Arbeit niedergelegt. Sollte eine Verständigung nicht gelingen, so dürfte bereits in den nächsten Tagen der Gesamtbetrieb stillgelegt werden. Davon würden etwa 1500 Arbeiter betroffen.

SPD. München, 1. August (Eig. Drahtb.)
Der Senat der Münchener Universität hat sich einen neuen reaktionären Streich geleistet: er hat die "Gemeinschaft sozialistischer Studenten" verboten mit der Begründung, dass einige ihrer Mitglieder sich im Dienste der kommunistischen Partei betätigt hätten. Gegen diese Studenten wurde ausserdem ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Zur Charakteristik dieses Verbots braucht man nur daran zu erinnern, mit welcher Liebe der gleiche Senat die Hakenkreuzler auf der Universität behandelt, indem er nach wie vor ihre verbotenen Aufmärsche mit der grössten Nachsicht duldet.

SPD. London, 1. August (Eig. Drahtb.)
Nachdem die Arbeiterregierung am Freitag nachmittag durch den Mund Snowdens ihre Vorschläge zur Agrar-Reform eingebracht hatte und diskutieren liess, und nachdem die Thronrede verlesen war, hat sich das Unterhaus bis zum 28. Oktober vertagt.

Mit lautem Beifall begrüsst die Mitglieder der Labour Party die Richtlinien für eine neue landwirtschaftliche Produktions- und Handelspolitik. Missvergnügt waren lediglich die Konservativen, denen die Vorschläge nicht weit genug gingen. Vorher aber, als sie mit einer gewaltigen Unterhausmehrheit jahrelang ungestört regieren konnten, taten dieselben Konservativen für die Landwirtschaft ebenso wenig wie für irgend einen anderen Produktionszweig. Es ist die Tragik der Minderheitsregierung der Labour Party, dass alle seit Jahrzehnten von dem regierenden Bürgertum dem Lande geschlagenen Wunden nunmehr aufbrechen, sei es Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Indien oder Ägypten: die Arbeiterregierung muss jetzt das heisse Eisen anpacken und es ist erstaunenswert, mit welchem Mut sie an alle fast unlösbar scheinenden Aufgaben herangeht, wobei sie angesichts ihrer Minderheit im Unterhaus immer nur mit Kompromissen an das vorläufige Ziel gelangen kann.

Auch die am Freitag vorgelegten Agrargesetze sind nur Teile eines grossen Planes, der nach der britischen Reichskonferenz voll verwirklicht werden soll. Einstweilen beschränkt sich die Regierung darauf, den Arbeitslosen den Erwerb von billigem Siedlungsland zu ermöglichen, den Agrarmarkt zu reorganisieren, den Anbau von Getreide zu verbreitern, die Preise zu stabilisieren um den Konsumenten vor der Verteuerung der Lebenshaltung zu schützen. Diese vorgeschla-

gene Teilreform ist jedoch bereits ein grosser Schritt vorwärts und diese neuen Wege und Reformen zeigen, dass die Arbeiterregierung voll Leben und Blut ist, trotz aller ihr selbst aus den eigenen Reihen ins Rad geworfenen Steine. Der letzte und nicht der leichteste war der Fall Sandham, der das Parlament mit einem schrillen, im ganzen Lande nachwirkenden Missakkord in die Ferien begleitet und über den noch ein besonderes Wort zu sagen sein wird.

Über all diese Missklänge und Hindernisse geht jedoch die Thronrede hinweg. Sie zählt in trockenen Worten auf, was in dieser verflochtenen und zugleich längsten Parlamentsperiode Gesetz geworden ist. Da finden wir, um nur einiges zu nennen, den 100 Millionen Pfund grossen Fonds für Notstandsarbeiten, die grosse Fürsorge für die Arbeitslosen, das Kohlengesetz, die Gesetze für die Erleichterung und Verbesserung des Wohnungsbaues, die Pensionsgesetze für Witwen und Waisen, die einen ausserordentlichen Fortschritt bedeuten und zum erstenmal in der Geschichte Englands die Ärmsten der Armen vor dem bittersten Elend schützen. Alles dies sind jedoch nur die wichtigsten und gegen die bürgerliche Mehrheit heiss erkämpften Gesetze und Fortschritte. In der Aussenpolitik sind die Erfolge der Labour-Regierung unbestritten, und sie sind ihr grösster Aktivposten. Hier waren die bürgerlichen Parteien wohl oder übel gezwungen, mitzugehen, weil es keinen anderen Ausweg aus der schwierigen internationalen Situation gegeben hat. Die Thronrede zählt diese Leistungen auf. Sie nennt die Flottenkonferenz, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Russland und sie hätte auch ruhig den Irak-Vertrag, Haag und die Räumung des Rheinlandes nennen können, die ohne die Arbeiterregierung nicht zu erzielen gewesen wäre. Zum Schluss gibt die Thronrede der Hoffnung Ausdruck, dass auch die Indien-, die ägyptische und alle anderen Dominion-Fragen bald und zur Befriedigung aller Teile gelöst werden. Damit weist sie zugleich auf die schwersten Aufgaben hin, die der Arbeiterregierung noch harren.

England weiss, dass diese Probleme nur von der Arbeiterregierung gelöst werden können und nicht von jener mit Sünden und Fehlern der Vergangenheit beladenen bürgerlichen Mehrheit. Das zeigt aber zugleich, dass diese Labour-Regierung, wie lange sie auch leben mag, trotz aller Hindernisse und Anfeindungen, trotz aller berechtigten und unberechtigten Kritik ihren guten Platz in der Geschichte der Arbeiterbewegung sowie in der Geschichte Englands und Europas überhaupt haben wird.

SPD. München, 1. August (Eig. Drahtb.)

Auf seiner Fahrt nach Oberammergau ist der englische Ministerpräsident MacDonald mit seinen beiden Töchtern und seinem alten schottischen Freund Sir Grant am Freitag mittag in München eingetroffen. Im Laufe des Nachmittags besuchte er das bayerische Landtagsgebäude und liess sich vom Präsidenten die Geschichte des Hauses der Volksvertreter eingehend erläutern. Abends waren MacDonald und seine Begleitung Gast des Ministerpräsidenten Held. Am Sonntag wohnt er den Spielen in Oberammergau bei.

SPD. Peking, 1. August (Eig. Drahtb.)

Der Vormarsch der chinesischen Oppositionstruppen auf Hankau ist unaufhaltsam. Die militärische und politische Lage der Nanking-Regierung wird immer gefährdeter. Tschiangkaischek geht weiter zurück. Es ist damit zu rechnen, dass er, um einen Halt zu finden, drei Provinzen aufgeben wird.

SPD. Weissenfels, 1. August (Eig. Drahtb)

Vor dem Landgericht Weissenfels wurde am Freitag Nachmittag die Berufung des französischen Sportmannes Cuvelier gegen das Urteil des Zeitzer Schnellgerichts, das auf 4 Monate Gefängnis lautete, verworfen. Dem Revisionsantrag des Staatsanwalts wurde ebenfalls nicht stattgegeben. Der Oberstaatsanwalt hatte gegen den Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände eine Geldstrafe von M. 300.- beantragt. Der Vorsitz der Berufungsinstanz führte Landgerichtsrat Lohmeyer - Naumburg. Schöffen waren ein Landwirt und ein Bergarbeiter. Der Angeklagte wohnte den Verhandlungen bei.

Dem Prozess liegt folgender Tatbestand zugrunde: Anlässlich einer Schwimmveranstaltung in Zeitz brachte der Angeklagte Cuvelier in Begleitung eines anderen französischen Sportmannes zwei junge Zeitzer Mädchen, mit denen sie vorher getanzt hatten, nach Hause. Plötzlich wurden sie von einer Gruppe junger Leute angepöbelt und mit Worten wie "Franzosenschweine" traktiert. Es kam zu einer Rauferei, in deren Verlauf ein Mann namens Schröder einen Messerstich in den Arm erhielt. Der Angeklagte bestreitet nach wie vor, den Stich getan zu haben und behauptet bestimmt, dass das auf dem Zeugentisch liegende, zu der Tat benutzte Messer nicht sein Eigentum sei. Er habe überhaupt kein Messer bei sich getragen. Die als Zeuginnen vernommenen beiden Mädchen sagen übereinstimmend aus, dass die Franzosen während des Vorfalls in ihrer Nähe auf der gleichen Strassenseite gestanden hätten, als plötzlich der Ruf erschallte: "Ich bin gestochen!", während der verletzte Schröder sich auf der anderen Strassenseite befunden habe.

Als die Zeugin Hösel vernommen wurde, kam es zu einem Zwischenfall. Sie beantwortete die Frage des Vorsitzenden, ob man in Zeitz versucht habe, auf ihre Aussage in irgend einer Weise einzuwirken, dahin, dass sie von den Nationalsozialisten einen Brief erhalten habe. Der Kopf des Briefes trägt die Firma der Zeitzer Gruppe der Nationalsozialistischen Partei und ist unterschrieben von dem Vorsitzenden der Zeitzer Nationalsozialisten Woltersdorf. Es heisst in ihm:

"Sehr geehrtes Fräulein Hösel. Sie haben in der ersten Verhandlung vor Gericht behauptet, in der Nähe des Gasthauses hätten Nationalsozialisten Sie und den Franzosen angepöbelt. Sie haben diese Aussage noch unter Eid gemacht. Wir fordern Sie auf, uns genau die Namen derjenigen Nationalsozialisten anzugeben, die Sie angeblich angepöbelt haben. Geschieht dies nicht innerhalb weniger Tage, so sehen wir uns veranlasst, wegen Ihrer eidlichen Aussage bei der zuständigen Behörde ein Ermittlungsverfahren einzuleiten."

Der Nötigungsversuch der Nationalsozialisten ruft im Gerichtssaal eine ungeheure Erregung hervor, zumal sein Urheber im Zuhörerraum sitzt und tut, als ob ihn die ganze Sache nichts angehe. Neben ihm sass ein Herr, der sich sofort nach dem Zwischenfall auf den Korridor begibt und dort mit den nationalsozialistischen Zeugen in Verbindung tritt, um ihm die bisherigen Zeugenaussagen mitzuteilen, und sie vor allem darauf aufmerksam zu machen, dass sie nicht sagen sollten, welche Nationalsozialisten etwa die Franzosen noch angepöbelt hätten. Im gleichen Augenblick wird aus dem Zuschauerraum gerufen, wer dieser Mann eigentlich sei. Der Vorsitzenden stellt fest, dass ihm der Name des Zeugen bekannt ist. Als dann der Verteidiger des Angeklagten nochmals bittet, doch den Namen dieses Zuhörers offiziell festzustellen, zieht sich das Gericht zu einer kurzen Beratung zurück, und verkündet schliesslich: "Der Zuhörer ist der Justizsekretär Hauck vom Amtsgericht in Weissenfels." Wiederum geht eine ungeheure Bewegung durch den Saal. Hauck wird von dem Gerichtsvorsitzenden sofort aus dem Zuhörerraum gewiesen. Ein Verfahren gegen ihn ist bereits angemeldet.

+ + +
Der Prozess hat mit einer neuen Verurteilung nicht nur des französischen Schwimmers, sondern auch der deutschen Justiz geendet. Nach einer überaus peinlichen Beweisaufnahme folgte eine Beweiswürdigung, die alle Erwartungen übertraf. Trotzdem bereits in der Beweiserhebung sehr erhebliche Widersprüche

zwischen den Angaben der einzelnen Zeugen nicht gelöst werden konnten, ergab die Urteilsbegründung, dass sich das Gericht ganz einseitig auf seiten der Belastungszeugen gestellt hatte. Die Angaben des gestochenen Schröder, die auch gestützt werden durch eine weitere Zeugenangabe, wurden als objektiv und subjektiv richtig unterstellt, trotzdem diesen Aussagen andere Aussagen absolut unbeteiligter Zeugen gegenüberstanden, die klar und deutlich behaupten, den Vorgang beobachtet zu haben und unter ihrem Eid bestritten, dass Cuvelier der Täter sei. Die Tatsache, dass ein französischer Polizeibeamter und ein Pariser Polizeileutnant unter Führung der Sportmannschaft unter ihrem Eid erklärten, dass die Franzosen schon auf ihrem Transport nach Deutschland keine Messer bei sich gehabt hätten und infolgedessen nicht einmal das Brot haben schneiden können, wurde als unerheblich beiseite geschoben.

Sei dem wie es sei. Selbst die Staatsanwaltschaft, die ebenfalls zu einem Antrag, den Angeklagten für schuldig zu erklären, gekommen war, bestritt nicht mildernde Umstände. Und selbst wenn man über die schweren juristischen Bedenken hinwegsehen wird, die man gegen die Beweiswürdigung des Gerichts hat, dass nämlich das Urteil aus Mangel an Beweisen auf Freispruch hätte lauten müssen, so tritt doch dieser Umstand in den Hintergrund gegenüber der Begründung, mit der mildernde Umstände des Gerichts dem Angeklagten versagt worden sind. Die Tatsache, dass die Franzosen unberechtigt von nationalsozialistischen Rüpel vom Augenblick, da sie das Lokal, in dem die Festlichkeiten stattgefunden hatten, auf die gröblichste Weise beschimpft worden sind, liegt in der Urteilsbegründung vollkommen unberücksichtigt. Im Gegenteil, das Gericht konstruierte zwischen jenem Zeitabschnitt, in dem die eigentliche Beschimpfung der Franzosen als Franzosenschweine und Leute, denen die deutsche Strasse nicht gehöre, zu jenem Zeitabschnitt, in dem der Stich versetzt worden war, einen Unterschied und sagte, dass der Angeklagte nicht mehr das Recht gehabt habe, erregt gewesen zu sein und tatsächlich auch nicht gewesen sei. Seine Tat habe nichts mehr zu tun mit den Beschimpfungen, die er erlitten, sondern sei nur aus Wut darüber erfolgt, dass die beiden Mädchen ihn auf das Zureden des gestochenen Schröder verlassen hätten. Kein Wort darüber, dass die Einwirkung des Schröder, der es an sich gut gemeint hatte, die Folge der Bedrohung durch die Nationalsozialisten gewesen war und die Franzosen gerade dadurch dass diese Bedrohung dazu geführt hatte, dass die Mädchen sie verliessen, in innigem Zusammenhang stand. Kein Wort darüber, dass die ganze Entwicklung die Franzosen in ihrem Rechtsgefühl stark kränken musste. Kein Wort darüber, dass die Franzosen der deutschen Sprache nicht mächtig waren und die Absicht des Schröder ihnen nicht zum Bewusstsein kam. Kein Wort darüber, dass die Vorgänge, die sich an dem Abend abspielten, eine Schmach für die Deutschen gewesen ist, die sie provoziert haben. Statt dessen erklärte der Vorsitzende mit dem Brustton der Überzeugung, dass die Allgemeinheit vor solchen Ausschreitungen geschützt werden musste, die sich der Franzose mit dem Messerstich habe zu Schulden kommen lassen. Das Gericht fand sogar das Verhalten des Franzosen besonders brutal, weil er ohne Grund auf einen Wehrlosen gestochen habe, der keine böse Absicht gegen ihn gehabt habe.

Unter diesen Umständen wird Cuvelier wieder nach Frankreich zurückkehren. Für die deutsche Öffentlichkeit bleibt die Tatsache bestehen, dass die Franzosen, die erst gestern nach Deutschland gekommen waren, in der gröbsten Weise in einer deutschen Stadt beschimpft werden konnten und dass ein Gericht auf Grund sehr zweifelhafter Beweise zu einer Gefängnisstrafe von 4 Monaten gekommen, ohne dass in der Urteilsbegründung auch nur ein Wort über die schmachlichen Vorgänge gefallen wäre, deren Opfer die Franzosen waren. Hoffentlich wird es möglich sein, durch die Revision eine nochmalige Aufrollung des ganzen Prozesses zu erreichen. Allerdings nach den Erfahrungen, die man in zwei Instanzen gemacht hat, kann man bald verzweifeln.

SPD. Die Besprechungen der Deutschen Volkspartei mit der Konservativen Volkspartei, dem Landvolk und der Wirtschaftspartei über die Möglichkeiten einer Annäherung dieser Gruppen vor der Wahl und einer späteren Arbeitsgemeinschaft im Reichstag sind auch am Freitag noch nicht zum Abschluss gebracht worden. Die Besprechungen werden in 14 Tagen fortgesetzt. Wie von unterrichteter Seite verlautet, dürften sie eine Verständigung auf der Basis ergeben, dass die einzelnen Gruppen sich im Wahlkampf nicht angreifen und für bestimmte Ziele eintreten, deren Verwirklichung nach der Wahl im Reichstag durch gemeinsame Anträge versucht werden soll.

SPD. Leipzig, 1. August (Eig. Drahtb.)

Am Freitag mittag entdeckte die Kriminalpolizei bei einem Gartenverein in Leipzig-Klein Zschocher ein Waffenlager, bestehend aus zwei Maschinengewehren, 10 Infanteriegewehren, 4 Karabinern, 1200 Schuss Maschinengewehrmunition, 2800 Schuss Infanteriemunition, zahlreichen Handgranatenzündern und einigen Gewehrgranaten. Die Waffen befanden sich in einer mit Zinkblech ausgeschlagenen Kiste. Der 27 jährige Metallschleifer Schumann gab zu, dass er die Kiste vergraben habe. Da die vor Monaten aus einem Lagerschuppen der Leipziger Reichswehr gestohlenen Waffen inzwischen restlos sichergestellt werden konnten, müssen die neu entdeckten Waffen anderswoher stammen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Wirrwarr in China.

(Von unserem chinesischen Korrespondenten.)

SPD. Hongkong, Mitte Juli (Eig. Bericht)

Die zwischen dem linken Flügel der Kuomintang, vertreten durch Wangtschingwei, und dem Marschall Fengjusiang bereits bestehende Koalition gegen Tschiangkaischek und dessen Nanking-Clique hat sich durch den Beitritt von Jensischan erweitert. Ausserdem haben sich die linke Kuomintang mit dem sogenannten "alten Genossen" vom rechten Flügel wieder versöhnt. Diese beiden Tatsachen, sowie die jüngsten phänomenalen militärischen Erfolge der Linkstruppen und ihrer Verbündeten, haben die Frage der Bildung einer neuen chinesischen Regierung auf Koalitionsgrundlage akut werden lassen.

Der Niedergang von Tschiangkaischek bedeutet nicht notwendigerweise, dass die linke, die die treibende Kraft in der Kombination ist, ans Ruder gelangen wird, zu mindest nicht in unmittelbarer Zukunft. Die objektiven Tatsachen sprechen dagegen. Man betrachte zunächst die Zusammensetzung der Nanking feindliche Kombinationen. Da ist zunächst die Linke, General Feng, General Jen, dann die Gruppe der "Westlichen Hügel", ferner sind dabei die Mandarine aus der alten Zeit (Anfu-Clique) und endlich die alten Militaristen, wie Suntschuangfang und Wupeifu. Unter allen diesen Bundesgenossen besitzen nur die linke Kuomintang ein klar umschriebenes Programm. Vielleicht mag General Feng ebenfalls der Linken zugerechnet werden. Andererseits aber hat General Jen, obwohl er nicht ein Militarist reinsten Wassers ist wie Wupeifu, nur wenig politischen Überblick und Parteierfahrung. Die Leute von der Gruppe der "westlichen Hügel" unterscheiden sich in ihren Zielen und politischen Grundsätzen nur wenig von den Machthabern in Nanking und sind überhaupt nur infolge persönlicher Eifersüchteleien in das Lager der Linken gedrängt worden. Da sie in ihren Anschauungen ausgesprochen mittelalterlich sind, haben sie keinerlei Anhang in der Masse der Parteianhänger der Kuomintang, dafür besitzen sie allerdings die militärische Unterstützung des Generals Jen. Er, der daran gewöhnt ist, in seiner Schansi-Provinz mit patriarchalischen Methoden zu regieren, kann sich nur schwer dem System einer parteimässig gebundenen Regierung anpassen. Es ist also durchaus möglich, dass die Gruppe der "Westlichen Hügel" sich mit Nanking gegen die Linke zusammentut, doch ist auch diese Gruppe alles eher denn einheitlich.

Gleichzeitig versucht Nanking entweder den General Jen oder den General Feng von der gegnerischen Koalition loszulösen. Nankings letztes Manöver war die Verbreitung des Gerüchts, dass Tschiangkaischek sich mit Rücktrittsgedanken trage und beabsichtige, den Führer der Linken, Wangtschingwei, zu ersuchen, seine Stelle zu übernehmen. Allerdings ist auch die Nankinger Oligarchie in sich gespalten. Da gibt es zunächst Tschiangkaischek, der als alleiniger Diktator in China zu regieren wünscht. Seine hauptsächlichen Mitarbeiter sind der Finanzminister Sung, der Aussenminister Wang, und der frühere Bürgermeister von Nanking Liutschiuwen. Aber es gibt auch eine Gruppe bestehend aus Sumfo, Tanjekai und Schupeite, von der man annehmen kann, dass sie sich gegebenenfalls für Wangtschingwei erklären würde, wenn sich nämlich die militärische Lage ändern sollte. Dann gibt es noch eine dritte Gruppe, die für ein Kompromiss mit General Jen und mit den "Westlichen Hügeln" zum Zwecke des Kampfes gegen die Linke empfiehlt.

Es muss endlich auch das Problem des Kriegsherrn von Mukden, Tschangsueliang, in Betracht gezogen werden. Es wird berichtet, dass letzterer mobilisiert. Freilich wird es ihm sehr schwer sein, an dem Kampf, sei es auf der einen oder auf der anderen Seite, aktiv teilzunehmen, weil die Mandchurei in erster Linie von Japan kontrolliert wird. Tschangsueliang ist keine sehr starke Persönlichkeit und seine Teilnahme am chinesischen Bürgerkrieg würde das innere Gleichgewicht der Kräfte zerstören, auf dem sein eigenes feudales Re-

gime in der Manschurei beruht. Es ist sehr schwer, den wirklichen Sinn der kürzlich durch Tschangsueliang angeordneten Mobilmachung klarzustellen. Er hasst Tschiangkaischek, weil dieser die Manschurei in das Abenteuer gegen Russland hineingezogen hat. Und, wenn er auch voll Bewunderung für den Führer der Linken Wangtschingwei ist, hat er keinerlei Sympathie für Feng wegen der Erinnerungen an den Feldzug von 1926. Die grösste Wahrscheinlichkeit spricht dafür, dass er sich nicht übermässig für die Frage interessiert, wer schliesslich siegen wird, aber dass er sich in Bereitschaft hält für den Fall, dass die beiden Parteien durch den Bürgerkrieg zu sehr erschöpft sein werden, um den Forderungen, die er aufstellen wird, irgendwie noch Widerstand leisten zu können.

Ich hatte in Macao eine Unterredung mit Professor Kumengio, einem der einflussreichsten Führer der Linken. Er sagte mir: "Die Frage unserer Beteiligung an einer Koalitionsregierung wird zum grossen Teil davon abhängen, inwieweit unsere Forderung der Einberufung einer Volkskonferenz der Exekutive der Kuomintang von unseren Bundesgenossen akzeptiert werden wird. Wir müssen Garantien dafür haben, dass eine Kompromisspolitik unsererseits auch zu positiven Resultaten führt. Die Zusammenarbeit mit Menschen, die ganz andere Auffassungen und Ziele haben als wir, ist an sich ein sehr ernstes Risiko; zumal, falls wir nicht imstande wären, auch nur das Mindestmass dessen durchzusetzen, was die öffentliche Meinung von uns erwartet, unsere politische Situation und unsere politische Zukunftsaussichten in einer nicht wieder gutzumachenden Weise kompromittiert wären. Ein grosser Teil unserer Erfolgsmöglichkeiten für die Durchsetzung jenes Programms der Linken, das allein die dauernde Befriedung und Wohlfahrt in China sichern kann, wird davon abhängen, inwieweit die fortschrittlichen Elemente in Europa der chinesischen Linken ihre moralische Unterstützung gewähren werde."

Professor Kumengio fuhr fort: "Es ist richtig, dass in Frage der auswärtigen Politik unser Ziel dahin geht, den Schaden wieder gutzumachen, den Nanking uns dadurch zugefügt hat, dass es anstelle der früheren ungleichen Verträge neuen ungleichen Verträgen zugestimmt hat. Diese neuen Verträge wirken in mancher Hinsicht sogar noch schädlicher für das chinesische Volk als die früheren. Ich bin zwar überzeugt, dass die Bewegung in China gegen den Imperialismus nicht ruhen wird, solange nicht der letzte Rest von ausländischen Vorrechten in China verschwunden sein wird. Aber die Ausländer brauchen nicht zu befürchten, dass ihre berechtigten Interessen bedroht sein werde, solange sie unsere eigenen Forderungen vernünftig behandeln. Wir werden sie nicht zum äussersten treiben, indem wir unsererseits extreme Forderungen aufstellen werden. Freilich wird mit der Politik der Nanking-Regierung Schluss gemacht werden die darin bestand, sich jeder fremden Macht zu unterwerfen, die ihr Geld anbot. Wir erstreben zwar die Herstellung freundschaftlicher Beziehung zu allen ausländischen Mächten, aber wir können andererseits nicht vergessen, dass wir auch Verpflichtungen haben gegenüber solchen Völkern, die ihre nationale Unabhängigkeit zurückzugewinnen bestrebt sind. Welche konkrete Form unsere Sympathien annehmen werden, hängt natürlich von den Umständen des Augenblicks ab. Jedenfalls beabsichtigen wir nicht, die Methode der Dritten Internationale anzuwenden, die darin besteht, insgeheim Unruhen zu schüren, um Wirrwarr und Chaos im Lande zu erzeugen. Wir sind eine verantwortungsbewusste Partei. Unsere unmittelbare Politik, ob wir nun allein oder mit anderen Parteien die Regierung bilden, wird darauf hinzielen, durch internationale Besprechungen die anderen Regierungen zu veranlassen, eine liberalere Politik gegenüber unserem Unabhängigkeitsbedürfnis zu betreiben. Wir werden ferner bestrebt sein, die Fühlung mit anderen verantwortungsbewussten Parteien aufrecht zu erhalten, die ähnliche Ziele verfolgen wie wir. Auf diese Weise hoffen wir ein gemeinsames Aktionsprogramm mit den ausländischen Mächten vereinbaren zu können."

Tang-Liang-Li.

Aus aller Welt

Wie die Mörder hausten....

Die Opfer der Röntgentaler Nazi-Banditen klagen an!

SPD. Berlin, 1. August (Eig. Ber.)

Kukelinski überführt!

Auch am Freitag brachte der Röntgentaler Mordprozess mancherlei interessante Enthüllungen. Der Zeuge Kurth, der nicht bei Meisel war, kam aus einer Versammlung, die in einem anderen Lokal stattgefunden hatte, die Triftstrasse entlang, als er kurz vor Meisel eine Serie Schüsse hörte und gleich darauf den Angeklagten Kukelinski in wilder Aufregung, mit verzerrtem Gesicht über die Strasse flüchten sah. Ein Mädchen, das auf einem Rade hinterherfuhr, rief den Zeugen an und meinte: "Das ist doch Kukelinski! Warum läuft er denn so?" Diese ungemein wichtige Bekundung, die Kukelinski, der bekanntlich noch immer frech leugnet, an dem Mordüberfall beteiligt gewesen zu sein, aufs allerschwerste belastet, bringt die Verteidiger in grosse Unruhe. Sie nehmen den Zeugen in ihre Zangen und überschütten ihn mit einem Trommelfeuer ihrer Frageninquisition. Kurth, der ungemein gewandt seinen juristisch präparierten Angreifern entgegentritt, gerät in einen heftigen Disput mit dem unentwegt schneidigen Dr. Becker, der dem Zeugen ganz ohne Berechtigung Unglaubwürdigkeit vorwirft, während Rechtsanwalt Hildebrand schlankweg behauptet, dass der Zeuge "garnicht dabei gewesen" sei.

Frau Meisel und der "ewige Assessor".

Die Zeugin Meisel, Inhaberin des Lokals, auf das der Mordüberfall stattfand, gibt eine plastische Schilderung des blutigen Abends und bekundet u.a., dass die Nationalsozialisten auf die in den Schankraum geflüchteten Gäste des Lokals in der brutalsten und ungeheuerlichsten Weise weiter gefeuert hätten. Als sie und Fräulein Tietz in grosser Aufregung ans Telefon eilten, um für die Toten und Verletzten einen Arzt herbeizurufen, sah die Zeugin deutlich, wie auf sie gezielt wurde. Aus dem Schankraum, in dem eine Panik ausgebrochen war, ertönten die Rufe "schnell unter den Tisch!", während die Kugeln über die Gäste hinwegpiffen und in die Wand einschlugen. Gleichzeitig zerbrach unter lautem Krachen die Scheibe, deren Splitter auf zwei Gäste niederstürzten und sie verletzten. Ein grosses Stück Koks flog Frau Meisel vor die Füsse. Rechtsanwalt Dr. Becker, der das Provozieren nicht lassen kann, gerät in einen sehr munteren Disput mit Frau Meisel, die dem hochfahrenden Akademiker zeigt, dass auch Frauen aus dem Volke nicht auf den Mund gefallen sind. Als die Zeugin von dem Stück Koks berichtet, dass die Scheibe durchschlagen hatte, stellt der Anwalt die mehr als sonderbare Frage: "Ja, hat denn der Koks die Scheibe beschädigt?" "Durch die Luft wird er nicht gekommen sein, das müssten Sie doch eigentlich wissen!" - "Nun, antworten Sie doch nicht so unliebenswürdig, nehmen Sie mal an, das ich Ihr Gast wäre!" - "Wenn bei uns ein Gast in dieser Weise aufgetreten wäre, dann hätte ich ihn längst vor die Tür gesetzt!" Dr. Becker möchte auch etwas über einen Revolver wissen, den Herr Meisel seit etwa 18 Jahren in einer Schublade verwahrt hält und der nach den Angaben seiner Frau noch nie benutzt wurde. "Hat Ihr Mann vielleicht mit dem Revolver geschossen?" fragt der ewige Assessor lauernd. "Mein Mann ist 66 Jahre alt und schwer krank. Er ist so hilflos, dass er vor lauter Zittern noch nicht einmal ein Glas Bier einschenken kann", entgegnet die Zeugin. Dr. Becker setzt sich mit resigniertem Achselzucken.

Entsetzliche Panik.

Fritz Meisel, ein 14jähriger Schüler, kann nur mit grossen Schwierigkeiten vernommen werden, da er während der Verhandlung einen Ohnmachtsanfall erleidet. Der Junge, ein schwächtiges, aber sehr intelligentes Kind, macht auffallend präzise und klare Angaben und schildert sehr genau, wie er von einem Fenster der Wirtschaft aus das Herumlungern und Heranschleichen der Nazis beobachtete, die sich auf ihren blutigen Ueberfall vorbereiteten. Er sah auch den Uniformierten im braunen Hitlerhemd, der schon vorher den Reichsbannermann Ulmanpöbelte. Als ein Verteidiger die seltsame Frage stellt: "Haben Sie vielleicht den Revolver Ihres Vaters in die Hand genommen und mit ihm gespielt?" (!) antwortet der Vierzehnjährige mit einem sehr lauten und sehr betontem "Nein". Das Ehepaar Langenbach hat die Schiesserei im Lokal Meisel miterlebt. Besonders die Frau gibt eine eingehende Schilderung der entsetzlichen Panik, die der mörderische Ueberfall der Nationalsozialisten unter den ahnungslosen Gästen ausgelöst hatte. Die Zeugin bemühte sich um den blutüberströmten am Boden liegenden Kubow, der leise vor sich hin stöhnte und wimmernd sagte, dass er sich erbrechen müsse. Während die Zeugin dem Sterbenden die Stirn mit Eau de Cologne einrieb, fielen noch fortwährend Schüsse, die Scheibe zerbrach und Glassplitter flogen im Schankraum umher. Die Gäste waren alle sehr aufgeregt und sämtlich wie die Zeugin mit Entschiedenheit betont, ohne Waffen. Aus Meisel heraus hat niemand geschossen. Vom Gastwirt Meisel, dessen Revolver Herr Dr. Becker in die Diskussion gestellt hatte, bekundet Frau Langenbach, dass er "total zer schlagen" und gänzlich apathisch auf einem Stuhl gesessen habe.

Herr Gudat fand es "lächerlich"...!

Der Zeuge Kurt Seifert gehört zu den Opfern der Nationalsozialisten. Ihn traf bei der Flucht vor dem mörderischen Hitlerfeuer ein Schuss ins Bein. Als er erschöpft im Schankraum anlangte, bemerkte er, dass seine Unterhose voller Blut und die Hose selbst von zwei Schüssen durchlöchert war. Während die Geflüchteten noch ratlos im Lokal sassen, knallten noch mindestens 6 bis 7 Schüsse, die u.a. in die Wand gingen. Nach einiger Zeit kam das Ueberfallkommando, untersuchte sämtliche im Schankraum anwesenden Personen, auch die "Zivilisten" und die Kommunisten nach Waffen, fand aber nicht einen einzigen Hieb-, Stich- oder Schiessgegenstand. Einige Zeit vor dem Ueberfall war der Landjäger Gudat im Lokal gewesen und hatte gesagt, im "Edelweiss" sassen "nur ein paar Männeken". Er fände die ganze Sache geradezu lächerlich und wolle nunmehr nach Hause gehen. Knapp 25 Minuten später geschah der Mordüberfall der Nationalsozialisten.

Mordüberfall auf Wehrlose.

Der Zeuge Otto Seifert sah das Mündungsfeuer in nächster Nähe aufblitzen und flüchtete mit den übrigen nach Meisel zurück. Auf der Flucht traf ihn ein Schuss in den Schuhabsatz. Anderthalb Meter vor ihm brach Kubow, von mehreren Kugeln getroffen, mit einem Aufschrei zusammen. Seifert schleppte den Niedergebrochenen mit einem anderen Mann, der ihm nicht mehr in Erinnerung ist, in das Meisel'sche Lokal, während die Hakenkreuzmörder ohne Unterlass hinter den Flüchtenden herschossen. Als Seifert im Lokal anlangte, waren ca. 18 bis 20 Mann anwesend, die in furchtbarer Aufregung sich vor dem Feuer der Nationalsozialisten zu decken suchten, unter die Tische krochen, aber keinen Versuch machten, sich gegen die Verbrecher zu wehren, da sie sämtlich ohne Waffen waren. Die Angegriffenen, die im erleuchteten Schankraum standen, waren bequeme Zielscheiben für die verbrecherischen Schützen auf der dunklen Strasse. Am Schluss der Freitag-Verhandlung stand das Gericht ganz offensichtlich unter dem Eindruck dieser Zeugenaussagen, die mit eindringlicher Deutlichkeit zeigen, mit welcher Brutalität und Rücksichtslosigkeit die Mordbuben vom Hakenkreuz ihren Ueberfall auf friedliche Wirtshausgäste ausgeführt haben.

+

+

+

Razzia auf Landstreicher. Am Freitag früh unternahm die Polizei in Heide in Holstein eine Razzia auf Landstreicher. In einem Schuppen fand sie allein 29 Landstreicher, die sämtlich verhaftet wurden. Man vermutet, dass sich unter den Festgenommenen einige schon seit längerer Zeit gesuchte schwere Jungen befinden.

+ + +
Gummiknüppel für Strafanstaltswärter. Die Wärter der New Yorker Strafanstalten und Untersuchungsgefängnisse sind mit Gummiknüppeln ausgerüstet worden, an deren Enden sich mehrere Tränengaspatronen befinden.

+ + +
Gattenmord. In Berlin erschoss der 52 Jahre alte Schlosser Pieckert am Freitag Mittag im Hause Gerichtstr. 54/55 seine dort von ihm getrennt lebende Frau. Pieckert forderte die Frau auf, mit ihm in die Küche zu kommen, um dort mit ihr angeblich einige Worte zu reden. Als die Frau der Aufforderung nachkam und kaum die Küche erreicht hatte, gab Pieckert einen Schuss ab. Tödlich getroffen stürzte Frau Pieckert zu Boden. Der Täter ist flüchtig.

+ + +
Kapphengst verhaftet. Der Haupthersteller der für die Bombenattentate in Preussen benutzten Sprengkörper, der Elektrotechniker Alfred Kapphengst aus Altona-Ottmarschen ist in Lugano festgenommen worden. Kapphengst war seit längerer Zeit flüchtig. Er steht u.a. auch im Verdacht, an dem Attentat auf den Reichstag beteiligt gewesen zu sein. Das Auslieferungsverfahren gegen ihn ist bereits eingeleitet.

+ + +
Vom Blitz erschlagen. In der Nähe von Rosenberg in Oberschlesien schlug der Blitz in die Scheune eines Bauerngehöftes ein. Mehrere in der Scheune spielende Kinder wurden zu Boden geschleudert und blieben bewusstlos liegen. Ein sechsjähriger Knabe wurde auf der Stelle getötet.

+ + +
Todessturz eines Jungfliegers. Der Jungflieger Dr. ing. Arnold Schmidt aus Graz, der auf dem Flugplatz Bonn-Hangelar zu einem Fluge nach Mannheim aufgestiegen war, stürzte aus etwa 80 Meter Höhe und war auf der Stelle tot. Der Absturz erfolgte, als Schmidt einen Steilkurvenflug versuchte.

+ + +
Gerüsteinsturz. Am Freitag nachmittag gegen 5 Uhr stürzte in Berlin in der Schönhauser Allee ein ausgedehntes Hängegerüst mit den darauf beschäftigten Arbeitern um. Acht Arbeiter stürzten auf das Strassenpflaster, wo vier schwerverletzt liegen blieben. Das Unglück erfolgte dadurch, dass sich an dem Gerüst einer der eisernen Haken gelöst hatte.

+ + +
Bildfunk Stockholm-Wien. Am Freitag vormittag wurde der Bildfunkdienst Stockholm-Wien offiziell eröffnet. Bundeskanzler Schober und Staatsminister C.G. Ekman tauschten als erste ihre mit einer kurzen Begrüßungsbotschaft versehenen Photographien aus.

+ + +
Im Kleinflugzeug nach Island. Aus London wird gemeldet, dass die deutschen Flieger Hirth und Weller, die mit einem Leichtflugzeug einen Etappenflug nach Amerika unternahmen, inzwischen von Kirkwall (Orkney-Inseln) nach Island gestartet sind. Von Island wollen die Flieger über Grönland-Labrador die Vereinigten Staaten von Nordamerika erreichen.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Zerreißt das Machwerk!

Die freien Gewerkschaften zum Abbau des Arbeitslosenschutzes.

SPD. Die Regierung Brüning bildet sich ein, sie könne den erbitterten Kampf der frei organisierten Arbeiter gegen den Abbau des Arbeitslosenschutzes der im Frühjahr zur Sprengung des Kabinetts Müller und jetzt zur Auflösung des Reichstags geführt hat, durch ein plumpes Machtgebot zum Schweigen bringen. Sie bildet sich ein, dass das Volk die Bestimmungen ihrer faschistischen Verordnungen als Unabänderlichkeiten hinnehmen werde. Sie täuscht sich. Auch die Gewerkschaften können die Regierung natürlich nicht hindern, wenn sie jetzt ihren Wechselbalg einer Reform der Arbeitslosenversicherung in Kraft treten lässt. Aber sie werden ihre ganze Kraft aufbieten, um zu verhindern, dass dieser Wechselbalg jemals gesetzlich fundiert wird. Die Gewerkschaftszeitung, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, appelliert daher in ihrer soeben erschienenen neuesten Nummer, in der eingehend zu den Notverordnungen Brünings gegen die Sozialpolitik Stellung genommen wird, scharf und energisch an alle Gewerkschaftsmitglieder, durch Aufklärung der Arbeiter dafür zu sorgen, "dass am 14. September ein Reichstag gewählt wird, der dieser Reichsregierung ihr Machwerk zerrissen vor die Füße wirft."

In dem Augenblick, wo sich das Kabinett Brüning entschloss, der Forderung der Unternehmerscharfmacher nachzukommen und den Abbau des Arbeitslosenschutzes in ihre Notverordnungen aufzunehmen, machte sie gleich ganze Arbeit. Sie begnügte sich nicht mehr mit den bereits im sozialpolitischen Ausschuss geschaffenen Verschlechterungen. Sie ignorierte sogar ihren eigenen Entwurf und ging hemmungslos aufs Ganze. Sie befiehlt Ersparungen auf Kosten der Arbeitslosen ohne jede Rücksicht auf die sozialen Auswirkungen ihrer Massnahmen.

Für die Feststellung der für die Unterstützungshöhe massgebenden Lohnklasse ist zunächst nun nicht mehr der tatsächliche Arbeitsverdienst massgebend. Künftig darf für die Zugehörigkeit zur Lohnklasse kein höherer Betrag zugrunde gelegt werden als der Grundlohn, der bei der Entrichtung der Beiträge zur Reichs- anstalt zugrunde gelegt war. Die Folge ist, wie die Gewerkschaftszeitung in ihrer Kritik an den einzelnen Verschlechterungen feststellt, dass, wenn der Arbeitgeber zu gering versicherte, der Arbeiter in seinem Anspruch betrogen wird, denn nur die Höhe des Grundlohnes, der der Beitragsleistung entspricht, entscheidet über die Höhe des Leistungsanspruchs.

Die Unterstützung wird nach der Dauer der Anwartschaft gestaffelt. Die Versicherten, die in den letzten 18 Monaten vor der ersten Arbeitslosmeldung, die auf den Erwerb der Anwartschaft folgt, nicht mindestens 52 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung standen, erhalten nur verminderte Sätze; es sinken die Lohnklassen wie folgt: 7 auf 6, 8 auf 7, 9 und 10 auf 8 und 11 auf 9.

Alle "geringfügigen" Beschäftigungen scheiden künftig aus der Versicherung aus, auch dann, wenn der Arbeitnehmer einzig vom Ertrag dieser Arbeit lebt und bei ihrem Fortfall in bitterste Not gerät. Als "geringfügig" soll jede Beschäftigung gelten, die durch Arbeitsvertrag oder der "Natur der Sache" nach auf nicht mehr als 30 Stunden wöchentlich beschränkt ist, oder für die kein höheres Arbeitsentgelt als 10 Mark wöchentlich vereinbart oder ortsüblich ist. (Kurzarbeit rechnet selbstverständlich nicht als "geringfügige" Beschäftigung.) Arbeitslose, die das 17. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, erhalten

nur dann Unterstützung, wenn ihnen kein familienrechtlicher Unterstützungsanspruch zusteht.

Der "Wohlfahrtsarbeiter" scheidet aus der Versicherung aus, wenn seine wöchentliche Arbeitszeit nicht mindestens 32 Stunden beträgt.

Die Beschränkung der Unterstützung bei Doppelverdienern wird durch die Notverordnungen nur für die Arbeitslosen festgelegt. Ein mit einer hohen Pension oder einem hohen Wartegeld gesegneter Beamter kann ruhig 10 000 Mark und mehr jährlich in der Privatwirtschaft verdienen, ohne dass ihm von seiner Pension oder von seinem Wartegeld ein Pfennig gekürzt wird. Wird aber ein Versicherter arbeitslos, dessen Ehegatte ein Arbeitseinkommen von mehr als 35 Mark wöchentlich hat, so wird der 35 Mark Einkommen übersteigende Betrag von der Unterstützung des arbeitslosen Ehegatten abgezogen. Nur dann soll das nicht eintreten, wenn den Arbeitslosen Familienzuschläge für 2 oder mehr Angehörige gewährt werden. Sind beide Ehegatten zugleich arbeitslos, ohne dass ein Zuschlagsempfänger vorhanden ist, dann wird die niedrigste von beiden Unterstützungen auf die Hälfte gekürzt.

Die Wartezeit soll künftig bei allen Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigte Angehörige 14 Tage betragen. Ebenso wird die Sperrfrist verlängert. Statt grundsätzlich bisher 4 Wochen soll bei Aufgabe der Arbeit oder bei Nichtannahme von Arbeit die Sperrfrist künftig 6 Wochen betragen. Nur bei Arbeitsaufgabe zu Ausbildungszwecken soll von der Sperrfrist abgesehen werden können.

Bei "Pflichtarbeit", d.h. bei Abhängigmachung der Unterstützung für Arbeitslose unter 21 Jahre von einer Arbeitsleistung wird die Selbstverwaltung ausgeschaltet; bisher hatte der Verwaltungsausschuss des Arbeitsamts über die Durchführung der Arbeit nähere Bestimmungen zu treffen, die Arbeiten auszuwählen und die Höchstdauer der Arbeit festzusetzen. Künftig soll der Verwaltungsausschuss hier nicht mehr mitzureden haben, Anscheinend will die Regierung hinten herum die "Dienstpflicht" einführen.

Wenn künftig der Bedarf der Reichsanstalt die eigenen Mittel übersteigt und die vorgesehenen Zuschüsse und Darlehen zur Etatsdeckung nicht ausreichen, so gewährt das Reich nur die Hälfte des Mehrbedarfs als Zuschuss. Die andere Hälfte des Fehlbetrags soll durch Erhöhung oder Abstufung der Beiträge oder durch die Verbindung beider Massnahmen gedeckt werden. Was heisst "Abstufung der Beiträge"? Die Regierung will nicht mit der Sprache heraus. Sie will nicht sagen, dass die "Saisonarbeiter" mit höheren Beiträgen belastet werden können, aber sie sorgt vor, indem sie eine Abstufung der Beiträge möglich macht.

Gegen diese Gewissenlosigkeit, die neue scharf sozialpolitische Kämpfe heraufbeschwört, muss die Arbeiterschaft mobil machen. Ihr ist jetzt, wie die Gewerkschaftszeitung betont, sinnfällig demonstriert worden, wie ausschlaggebend für Sozialversicherung und Sozialpolitik die Zusammensetzung des Parlaments ist. Der deutsche Arbeiter muss diese Mahnung begreifen und dafür sorgen, dass ein Reichstag, der anders aussieht, als die Regierung Brüning erhofft, die Diktaturverordnungen wieder aus dem Wege räumt. Für ihn kann die Wahl nur den einen Sinn haben: Wähl sozialdemokratisch!

SPD. Auch in der bürgerlichen linksstehenden Presse wird die von der Regierung Brüning angeordnete "Sanierung" der Arbeitslosenversicherung keineswegs bedenkenlos hingenommen. So schreibt die Frankfurter Zeitung im Anschluss an die Bestimmung, wonach künftig ein evtl. entstehender Mehrbedarf der Reichsanstalt nur noch zur Hälfte als Reichslast zugelassen wird, dass eine weitere Leistungskürzung als Ausweichmöglichkeit auf Grund dieser Bestimmung unmöglich in Frage kommen könne; denn die Sätze der Arbeitslosenunterstützung seien jetzt bereits tatsächlich so niedrig, dass man nicht mehr weiter heruntergehen

könne. Man müsse sich vor Augen halten, dass die unterste Lohnklasse nach 52-wöchiger Anwartschaft 6 Mark wöchentlich als Hauptunterstützung empfangen und die oberste Lohnklasse, d.h. Menschen mit einem Monatseinkommen von 500 bis 700 Mark nur noch eine Wochenunterstützung von 22,05 Mark, wozu dann noch bei Verheirateten die geringen Familienzuschläge zwischen 40 Pfennig und 2,15 Mark kämen.

Was hier die Frankfurter Zeitung als unüberschreitbare Grenze skizziert, muss im Ernstfall, wenn die hier in Frage kommende Bestimmung der Notverordnungen in Kraft bleibt, überschritten werden. Bei der Regierung Brüning rechnet man auch damit; denn sonst brauchten sich ihre Presseorgane nicht zu beeilen, schon jetzt die Schuld für weitere Verschlechterungen der Arbeitslosenunterstützung den Sozialdemokraten in die Schuhe zu schieben. Die Pressetrabanten Brünings besitzen die Keckheit, zu erklären, die Arbeitslosen müssten sich, wenn es eines Tages infolge der Kürzung der Hilfspflicht des Reiches zwangsläufig zur Kürzung einzelner Leistungen der Versicherung komme, sich bei der früheren sozialistischen Regierung Müller-Hilferding bedanken. Die tapferen Helden der Frontkämpferregierung wollen für ihren Raub an den Arbeitslosen nicht gerade stehen. Sie suchen nach Sündenböcken.

Die Herrschaften, die, gestützt auf christliche Grundsätze, Deutschland von der Verderbnis retten wollen, bringen es auch fertig, für viele jugendliche Arbeitslose die Unterstützung zu beseitigen. Gerade für die jugendlichen Menschen ist die Wegnahme der Unterstützung im Falle von Arbeitslosigkeit überaus gefährlich. In vielen Fällen lässt sich nämlich, wie die Frankfurter Zeitung zutreffend bemerkt, der familienrechtliche Unterhaltungsanspruch nicht exekutieren. Was dann? Auf die Strasse? Knausern an der Unterstützung ist hier nichts anderes als Versündigung an der Jugend. Wer den Jugendlichen keine Arbeit und keine Unterstützung gibt, züchtet - heutzutage mehr denn je - nur Strolche und Dirnen.

SPD. Die Verhandlungen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung der Reichsbahn, die unter Führung der Reichsbank mit einem Bankenkonsortium geführt wurden, sind abgeschlossen. Von dem Gesamtbetrag in Höhe von 150 Millionen Mark Schatzanweisungen sind bereits 75 Millionen begeben, während der Rest am Kapitalmarkt untergebracht werden soll. Die Schatzanweisungen sind mit fünfjähriger Lauffrist und einem Zinsfuß von 6% ausgestattet. Die Papiere werden zu einem Ausgabekurs aufgelegt, der den Zeichnern eine günstige Effektivverzinsung sichert. Sie sind zur Lombardierung bei der Reichsbank und der preussischen Staatsbank zugelassen. Die Verleihung der Mündelsicherheit ist beantragt; die Befreiung der Zinsscheine vom Steuerabzug vom Kapitalertrag ist sichergestellt. -

Die Reichsregierung glaubt, damit in der Belebung der deutschen Wirtschaft einen "wesentlichen Schritt" weitergekommen zu sein. Warten wir ab, ob die Reichsbahn wirklich, wie versprochen, zusätzliche Arbeit beschafft.

SPD. Der Bundesausschuss des ADGB nahm am Freitag zu den durch die bevorstehenden Reichstagswahlen notwendig gewordenen Massnahmen Stellung. Die Aussprache ergab eine völlige Übereinstimmung des Ausschusses mit den Vorschlägen des Bundesvorstandes. Die Verhandlungen leitete Leipart, der Vorsitzende des Bundes - zum ersten Mal seit seinem Unfall.

Die grosse Lüge.

(Wie hat sich die Eisenpreissenkung ausgewirkt?)

SPD. Als die rheinisch-westfälische Schwerindustrie vor Monaten die Fanfare zum Abbau der Löhne blies, behauptete sie kühn, den Stein der Weisen gefunden zu haben: man brauche nur die Eisenpreise zu senken und die Wirtschaft würde sich beleben.

Man hat dann die Preise für wichtige Eisensorten im Ausmass von 2 bis 4% erniedrigt. Die Kosten trug die Arbeiterschaft durch Lohnabbau. Diese Arbeiterschaft hat also ein Recht zu fragen, was mit der Operation der Lohnerhöhung erreicht worden ist? Das ist eigentlich eine müssige Frage. Der immer noch desorganisierte Arbeitsmarkt bei uns gibt eine eindeutige Antwort darauf. Aber es tut gut, einmal im einzelnen zu verfolgen, wie die Aktion der Eisenpreissenkung Schiffbruch gelitten hat. Zu diesem Zweck zitieren wir aus den monatlichen Konjunkturübersichten der "Industrie- und Handelszeitung", die ja der Regierung, auch finanziell, nahesteht. In diesen unverdächtigen Konjunkturübersichten heisst es u.a.:

In der Eisenindustrie hat sich die "Roheisenproduktion leicht vermindert". "Rohstahl und Walzwerkserzeugung liegen kaum auf vormonatlicher Höhe." "Weiter verschlechterte Beschäftigung in schwerem Eisenoberbaumaterial, ungenügende Ausnutzung der Grob- und Mittelwalzwerksstrassen." So geht es weiter. Von einer Anregung keine Spur.

Der Eisengrosshandel hält sich zurück. Es wird "völlig unzureichende Auftragserteilung in Formeisen" konstatiert. Auch am "Stabeisenmarkt hat die Geschäftsstille angehalten". "In Stabstählen und Wellen sind die Bestellungen unzulänglich." "Der Auftragseingang beim Universaleisen ist schleppend." "Schlechter Absatz in warm- und vor allem auch kaltgewalzten Bandeisen". Auch hier könnten wir in unserer Aufzählung fortfahren. Wir greifen keine besonderen Verschlechterungen heraus, sondern wir zitieren aus den Konjunkturübersichten ganz willkürlich.

Die Bau- und Baustoffindustrien, die als Schlüsselindustrien durch die Eisenpreiserhöhung angeregt werden sollten, haben "ungenügenden Auftragsbestand und Auftragseingang in allen Branchen." Besonders ist der "Rückgang des Auftragseinganges unverkennbar." Wo "leichte Anzeichen einer Besserung" zu konstatieren sind, werden sie als "saisonmässig bedingt" bezeichnet.

Die Maschinenindustrie, die ja von einer Eisenpreissenkung in erster Linie hätte profitieren müssen, konstatiert klipp und klar: "Noch keine Preisermässigung in Auswirkung der Eisenpreissenkung". Damit wird bestätigt, dass die Maschinenindustrie an keine Preissenkung denkt. Man hatte sogar die Kühnheit zu verlautbaren, man solle froh sein, wenn keine Preiserhöhungen eintreten.

Wir gehören ohne Zweifel zu denjenigen, die jeder Preissenkungsaktion den grössten Erfolg wünschen, weil ein solcher Erfolg mit unserer wirtschaftspolitischen Auffassung, über Kaufkraftkräftigung zur Ueberwindung der Krise zu kommen, zusammenfällt. Wir haben aber der Eisenpreissenkung von Anfang an skeptisch gegenübergestanden. Wir haben leider Recht behalten. Suchen wir nach den Gründen:

Die Eisenpreissenkung war durchaus ungenügend. Sie hätte zumindesten im doppelten Ausmass erfolgen müssen, um sich auf die nachfolgenden Stufen der

Produktion auszuwirken. Dieselebe Eisenindustrie, die mit Lohnabbau auf Kosten der Arbeiterschaft die ungenügende und unwirksame Eisenpreissenkung durchführte, scheute vor einer wirksamen und gen genden Eisenpreissenkung zurück, die ihr Geld gekostet hätte. Profitquoten sind in der deutschen Wirtschaft bekanntlich Naturschutzgebiet.

Mittlerweile haben wir ja auch erfahren, dass man mit dem Lohnabbau gar nicht die Preise in Deutschland senken wollte. Man führt mit dem Lohnabbau den Quotenkampf auf den Weltmärkten. Hier werden Millionen und Abermillionen verpulvert. Aber unkritischen Geistern erzählt man immer noch, dass die Schwereisenindustrie ein Wohltätigkeitsinstitut sei und dass sie sich um die Anregung der Wirtschaft bemühe.

Wahrlich, wenn es einen Lehrstuhl für Demagogie gäbe, so müsste man den "Erfinder der Eisenpreissenkung" für ihn als Lehrer berufen.

SPD. Am Freitag haben in den meisten deutschen Städten die Sommerausverkäufe begonnen. Soweit Berlin in Frage kommt, kann konstatiert werden, dass man sehr weit gegangen ist, um die Ware loszuschlagen und Geld in die Kassen zu bringen. Der im "Preis herabgesetzte" Zugartikel, der sonst gewöhnlich die Ausverkäufe beherrscht, ist mehr zurückgetreten. Die diesmaligen Ausverkäufe sind weniger Bluff als sonst. Man hat allem Anschein nach recht tüchtig den Blaustift gebraucht und die Preise heruntergezeichnet. Wie uns versichert wird, liegen für ganze Genres Ermässigungen von 50 bis 75% vor. Das ist für die Käufer sicherlich erfreulich, vom volkswirtschaftlichen Standpunkt gesehen nicht ohne Bedenken. So fragt man sich, weshalb die Geschäfte nicht bereits früher zu einer generellen Preisherabsetzung gegriffen haben. Hätte man dem Rückgang der Kaufkraft frühzeitig Rechnung getragen, so wären böse Verschärfungen vermieden worden und man hätte die gegenwärtige Kaufkraftspritze, die dem Handel sicherlich nicht billig zu stehen kommen wird, entbehren können. Die zweitweise Preissenkung hat auch den einen Nachteil, dass nur bestimmte Schichten des Publikums sich die billigere Ware sichern können. Als Argument für eine Preisherabsetzung im Handel können die gegenwärtigen Ausverkaufspreise sicherlich nicht gebraucht werden.

In den bürgerlichen Blättern toben sich mit Beginn der Ausverkäufe immer gewisse Federn aus, die uns vom Andrang des Publikums, von den Kaufschlachten des weiblichen Geschlechts und vom Schlangestehen der Käufer zu berichten wissen. Wir haben es am ersten Berliner Ausverkaufstag mit unserer Berichterstattungspflicht sehr ernst genommen und uns recht gründlich in allen möglichen Stadtteilen umgeschaut, konnten aber keine Käuferschlangen entdecken, auch keine Kaufschlachten. Auch der vielgerühmte Andrang war derart, dass man in den weiten Räumen der Berliner Warenhäuser und Spezialgeschäfte sich zwanglos und recht unbehindert bewegen konnte. Besser liegt das Geschäft wohl in den vornehmeren Vierteln. Ganz katastrophal scheint es in den Arbeitervierteln zu sein. Hier wird überhaupt nur gekauft, was "billig" erscheint. Durchsichtige Mäntelchen zu 3 bis 4 Mark und Kleidchen zu 1,50 Mark, das Minderwertigste vom Minderwertigen, sind Ziel der Sehnsucht. Nach Qualität wird nicht gefragt. Entscheidend für den Kauf ist der Preis. Hier wird einem deutlich demonstriert, wie katastrophal die Kaufkraft zurückgegangen ist, und man fragt mit Schrecken, was werden soll, wenn sich die von der Regierung Brüning-Schiele durch ihre verschiedenen Massnahmen vorgenommene Verteuerungsaktion auf die Produktion erst richtig auswirken wird. Wenn man schon schlechteste Qualität zu fabelhaft billigen Preisen gibt, so ist es der grossen Masse der Bevölkerung noch nicht einmal möglich, sich am Ausverkauf zu beteiligen. Der Geschäftsführer eines bekannten Warenhauses, in einem Arbeiter viertel Berlins gelegen, erklärte uns: "Ein Drittel meiner ganzen Kundschaft ist arbeitslos. Selbst wenn wir die Artikel auf einen Kaufprämienpreis herabsetzen wollten, würden sie nicht kaufen können, weil sie tatsächlich von Mitleiden entblösst sind."

Man macht sich auf dem Gang durch den Ausverkauf so seine Gedanken und denkt daran, dass der Einzelhandel in den Preisdebatten der letzten Wochen und Monate immer wieder auf Seiten der Industrie und der Lohnabbaupropagandisten gestanden hat. Der Handel, der ja als Arbeitgeber und als Verkäufer zweigeschlechtlich ist, hat sich durchaus auf den Arbeitgeber- und den berühmten Kostenstandpunkt gestellt und die Idee einer Kaufkraftstärkung durch einen vernünftigen Lohn, vielfach in aggressiver Form, abgelehnt. Die Bilder, die Enttäuschung des ersten Ausverkaufstages dürften die Quittung für diese unverständliche Einstellung sein. Es wird Zeit, dass sich der Einzelhandel dem Konsumentenstandpunkt nähert.

SPD. Der Enqueteausschuss veröffentlicht Untersuchungen über die deutsche Zahlungsbilanz, die besonderes Interesse beanspruchen dürfte, weil sich die internationale Kapital- und Güterbewegung nach dem Krieg grundlegend verändert hat. Um der deutschen Zahlungsbilanz von vornherein die internationale Vergleichbarkeit zu sichern, hat man die Arbeiten auf das von der Internationalen Handelskammer aufgestellten Schema abgestellt.

Nach den Erhebungen ergibt sich für die Jahre 1924 bis 1929 ein Passivsaldo der Zins- und Reparationsbilanz sowie der Handelsbilanz einschliesslich des Goldverkehrs in Höhe von 17 Milliarden Mark. Der Passivsaldo verteilt sich mit 10,4 Milliarden auf Reparations- und Zinszahlungen und mit 6,6 Milliarden Mark auf die Handels- und Dienstleistungsbilanz. Davon sind 7 Milliarden Mark durch Aufnahme von Auslandsanleihen abgedeckt. Die übrige Kapitalbewegung konnte nicht annähernd so genau ermittelt werden. Schätzungsweise beläuft sich der Saldo der übrigen Posten, der sich aus Kapitalseinfuhr in Form von Beteiligungen, aus Rückführung von Auslandsguthaben nach der Inflation, ferner aus der Kapitalflucht und aus der kurzfristigen Kreditbewegung zusammensetzt, auf etwa 10 Milliarden Mark. Die Kapitaleinfuhr nach Deutschland in Form von Beteiligungen sowie der Rückruf deutscher Guthaben aus dem Auslande nach der Inflation werden für die Zeit von 1924 bis 1929 auf etwa 3 bis 4 Milliarden Mark geschätzt. Die Kapitalflucht aus Deutschland wird mit 2 bis 3 Milliarden Mark angenommen. Das wäre also nur ein Viertel bis ein Drittel der Regierungsschätzung. Für die gesamte Untersuchungsperiode verbleibt somit immerhin ein Betrag von 8 Milliarden Mark, der offenbar durch kurzfristige Kreditbewegung in der Handelsbilanz abgedeckt wurde.

Bei der Aufgliederung der deutschen Handelsbilanz wird die Frage aufgeworfen, ob die aktive bzw. ausgeglichene Handelsbilanz unter dem Druck der Reparations- und Zinszahlung zustande gekommen sei. Im Gegensatz zu dem Statistischen Reichsamt verneint die Enquete diese Frage und betont, dass der Exportüberschuss von 1926 auf einen durch die Auslandskonjunktur hervorgerufenen Rückgang des deutschen Imports bei gestiegenen Ausfuhrmöglichkeiten (englischer Bergarbeiterstreik) zurückgeführt werden müsse. Allerdings vertritt der Enqueteausschuss den Standpunkt, dass die Entwicklung der deutschen Handelsbilanz im letzten Jahr im Zeichen einer Umstellung stand, die durch Reparations- und Zinsverpflichtungen bedingt sei. Dafür spreche die ständige Steigerung der deutschen Ausfuhr seit 1927 bei gleichzeitig ziemlich unveränderter Einfuhr. Hinsichtlich der Frage, wie sich der Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz bei gleichbleibenden Reparations- und Zinslasten in Zukunft entwickeln werde, verweist die Enquete darauf, dass dieser Ausgleich nicht auf die Dauer durch ausländische Kredite herbeigeführt werden könne. Der Ausgleich sei nur durch Ausfuhrsteigerung oder Einfuhrsenkung möglich. Dieser Prozess mache auf dem deutschen Binnenmarkt Preisumschichtungen notwendig, die wieder auf Löhne und Unternehmergewinne zurückwirken werden. Der Umfang der Reibungen, die sich durch diese Umstellung ergeben, würde wesentlich durch die deutsche Handelspolitik und die Handelspolitik der grossen auswärtigen Staaten beeinflusst werden.

Börsenbericht.

(für die Woche vom 28. Juli bis 2. August)

SPD. Berlin, 2. August.

Von den Auswirkungen der politischen Rückschläge, die in den Liquidationskursen für Ultimo Juli ihren Ausdruck fanden, hat sich die Börse bis jetzt nicht wieder erholt. Allerdings ergaben sich auch, von einigen Ausnahmen abgesehen, kaum weitere Verlauste. Die Kurse schwanken um wenige Punkte hin und her, je nachdem gerade Kauf- und Verkaufsaufträge vorliegen und es den Banken beliebt, in diesen oder jenen Markt einzugreifen oder nicht. Es fehlt an der grossen Anregung politischer oder wirtschaftlicher Art. Die Sammlungsfanfaren im Lager der bürgerlichen Parteien haben sie nicht gebracht, auch nicht die Preissenkungsaktion der Reichsregierung. Man kann das nur als gerade nicht günstiges Zeichen für die Weiterentwicklung dieser Aktion konstatieren.

Nu an einem Markt (Montanmarkt) zeigen sich seit kurzer Zeit Käufe, in denen System zu liegen scheint. Es lässt sich natürlich (Bankgeheimniss!) nicht genau feststellen, wer jetzt die Käufer sind, aber die Vermutung dürfte richtig sein, dass es sich in der Hauptsache um rheinisch-westfälische Kreise handelt. Diese Käufe, die unzweifelhaft auf eine optimistischere Zukunft hindeuten, bringt man mit den Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in Zusammenhang, von denen man sich einen friedlichen Ausgang verspricht. Wir dann mit voller Kraft gearbeitet, so liegt unzweifelhaft für die Montanindustrie eine gute Chance vor. So konnten Hoesch 82 à 86%) und Köln-Neuessener Bergwerksverein (80,25 bis 84%) nicht unerheblich im Kurse anziehen. Dagegen lagen Harpener als reine Kohlengesellschaft auffallend schwächer. Sie unterschritten am Freitag sogar den Parikurs und notierten 99,5% nach 102% zu Beginn der Woche. Eine ausgesprochene Sonderbewegung an diesem Markt schlugen die Mansfeldaktien ein. Nachdem sie geraume Zeit recht gut behauptet waren, ist in den letzten beiden Tagen plötzlich ein Wandel erfolgt, dessen sachliche Gründe noch nicht zu erkennen sind, Sie gaben zunächst von etwa 65% bis 59% nach und stürzten am Freitag bis 51%, um sich am Schluss der Börse wieder auf 53% zu erholen.

Merkwürdigerweise hatten just am Freitag noch zwei der besonders niedrig stehenden Papiere auffallende Verluste aufzuweisen, nämlich A.G. für Verkehrswesen und Norddeutsche Wolle, also zwei Gesellschaften, die vor gar nicht allzulanger Zeit noch zu den besten gehörten. Bei Verkehrswesen ist die Bewegung wohl am verständlichsten, bringt doch fast jeder Tag neue Enthüllungen über Verlustgeschäfte dieses Konzerns, die man bisher verschwiegen hatte. Kein Wunder, dass sich die Flucht aus diesen Aktien fortsetzt. so dass sie inzwischen bis auf 66,5% nach einem Liquidationskurs von 72% gefallen sind, Noch scharfer ist der Rückgang der Norddeutschen Wollaktien, in dem sich wohl hauptsächlich die augenblickliche scharfe Krise der Textilindustrie auswirkt. Sie sanken von einem Liquidationskurs von 72% in wenigen Tagen bis auf 63% und waren am Schluss der Freitagbörse mit 64,5% nur wenig erholt. Schliesslich gehört in diese Kategorie auch noch die Miagaktie, die inzwischen von 93 auf 86% zurückgegangen ist, wobei man vor allem Verkäufe des ausgeschiedenen Generaldirektors vermutet.

Hinter diesen Bewegungen treten alle anderen weit zurück. Am Elektromarkt gehen die Kurse im Kreise, so z.B. bei Siemens, die zwischen 189 und 193% ununterbrochen hin und her pendeln. Das gleiche gilt von den Kalipapieren hier sind die Kurven nur weit stärker. Salzdetfurth waren nach 320% bis 312% rückgängig, erholten sich auf 325% und schlossen schliesslich die Woche mit 318 bis 320%. Fast unverändert waren I.G. Farben, sowie die Spritaktien und Schiffahrtspapiere. Die Kunstseideaktien senkten sich etwas und zwar Aku von zeitweise 92,5% bis auf 87% (dann 88,5%) und Bemberg von 94,5% bis auf 89%, woraus erneut hervorgeht, dass die Mitte Juli inszenierte Aufwärtsbewegung dieser Aktien sachlich nicht fundiert war.

Bessere Ernteaussichten.

(Berliner Getreidebörse vom 1. August)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Freitag in schwächerer Haltung. Am Markte der Zeitgeschäfte zeigten sich schon bei der Eröffnung Preisrückgänge, die sich im Verlaufe der Börse fortsetzten, sodass hier insgesamt Verluste von 2 bis 3 Mark zu verzeichnen waren. Im Handel mit effektiver Ware blieb das Angebot zwar geringer und obwohl das gesamte auf den Markt gebrachte Material Aufnahme fand, waren gleichwohl die Preise auch hier rückgängig. Massgebend hierfür war die bessere Beurteilung der Ernteaussichten infolge günstigerer Witterungslage. Hafer konnte seinen Preisstand im allgemeinen behaupten. Die Umsatztätigkeit war aber auch hier nicht sehr gross. Das Mehlgeschäft behielt seinen ruhigen Charakter. Auch die leichte Belebung, die sich gestern im Roggenmehlgeschäft zeigte, ist wieder vorbei.

	<u>31. Juli</u>	<u>1. August</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	260 - 262
Roggen	158 - 161	159 - 161
Braugerste	-	-
Futter- und Industriergerste	174 - 197	174 - 197
Hafer	180 - 188	180 - 188
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75 - 39,00	31,25 - 38,75
Roggenmehl	22,50 - 25,25	22,50 - 25,10
Weizenkleie	9,75 - 10,40	9,65 - 10,25
Roggenkleie	9,75 - 10,50	9,75 - 10,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 260-259 Brief (Vortag 261), Oktober 262-261 Brief (262 $\frac{1}{2}$), Dezember 269 $\frac{1}{2}$ -267 $\frac{1}{2}$ (271). Roggen September 175 $\frac{1}{2}$ -174 $\frac{1}{2}$ (176 $\frac{1}{2}$), Oktober 180-178 $\frac{1}{4}$ (181), Dezember 188-187 (189), Hafer September 182 $\frac{1}{2}$ -183 Geld (186), Oktober 187-186 $\frac{1}{2}$ (189 $\frac{1}{2}$), Dezember 190-189 $\frac{1}{2}$ (193 $\frac{1}{2}$).

Berliner Viehmarkt.

(1. August).

SPD, Die Tendenz hat sich auf dem Schweinemarkt verändert. Während das letzte Mal ansteigende Preise infolge geringer Beschickung zu verzeichnen waren, gaben am Freitag die Preise in allen Klassen nach. Die Zufuhren waren reichlich. Die Käufer konnten demzufolge Preisdruck ausüben. Auf dem Rinder- und Kälbermarkt hätte das Angebot grösser sein können. Besonders gilt das für die Zufuhren von guten Tieren auf dem Rindermarkt. Auf beiden Märkten konnten sich Preiserhöhungen durchsetzen, die sich im Ausmass von 1 bis 2 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht bewegen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44-50 (voriger Mark 44-49), b) 39 - 43 (38 - 43), c) 34 - 36, (33-35), d) 29-32 (28-31), Kälber: a) - (-), b) 66-74 (65-72), c) 62-70 (60-70), d) 50-60 (48-58), Schweine: a) (über 300 Pfund) 63-64 (66-68), b) (240-300 Pfund) 64-66 (67-71), c) (200-240 Pfund) 65-67 (68-71), d) (160-200 Pfund) 64-66 (66-70), e) (120-160 Pfund) 62-63 (64-66), f) (unter 120 Pfd) - (-), g) (Sauen) 61-62 (65).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 1. August 1930

Aufruhr auf Krakatau.^x

SPD. In den Zeitungen stand vor kurzem zu lesen: "Man hat auf Krakatau eine neue heftige Vulkantätigkeit bemerkt. Die ausgeworfenen Aschenmassen haben eine Flughöhe von etwa 1000 Metern erreicht". Diese Nachricht weckt die Erinnerung an eine der grössten Vulkankatastrophen, bei der Menschen gewissermassen zugesehen haben, und die sonderbare Folgen hatte.-

Es war am 27. August 1883, als der Vulkan Rakata auf der Insel Krakatau in Südostasien zum erstenmale in Tätigkeit trat. Das heisst: der Vulkan explodierte mit einer Wucht, die die halbe Insel Krakatau, in der Sundastrasse zwischen Java und Sumatra gelegen, mit in die Luft riss. Nach der allgemeinen geologischen Ansicht erfolgte die Explosion, weil aus irgendeinem Grunde das Meerwasser der Sundasee mit dem Lavaherd in der Tiefe des Vulkans in direkte Verbindung getreten war. Die Folgen waren unerhört. Die Dampfsäule der Explosion schoss mehr als dreissig, nach einer Rechnung sogar sechzig Kilometer senkrecht in die Luft. Das Getöse dieses Riesenschusses hörte man bis nach Ceylon, bis nach Perth in Australien, bis nach den Philippinen, - in europäischen Entfernungen ausgedrückt: von Wien bis nach Grönland.

Zehn Stunden nach dem Meereseinbruch in den Vulkantrichter bebten in Berlin die Barometer, sechzehn Stunden später noch einmal. Das waren die beiden Luftwellen der Explosion, die über Asien bzw. über Amerika zu uns kamen. Innerhalb mehrerer Tage wurden diese Wellen noch häufiger registriert; sie mögen wohl ein dutzendmal den Weg um die ganze Erde gemacht haben.

Gleichzeitig mit der Luftwelle rauschte natürlich eine Wasserwelle auf, 36 Meter hoch raste sie über die See, verwüstete die Ufer von Sumatra und Java, vernichtete 40.000 Menschenleben und wurde einige Tage später noch an der kalifornischen und der französischen Küste festgestellt. Bald nach der Katastrophe fingen die Sonnenuntergänge an, sonderbar farbig auszusehen, und noch viele Jahre hindurch sah man in tiefster Nacht hohe, leuchtende Wolken. Das waren die Aschen- und Staubteilchen, die der Wasserdampf mit emporgerissen hatte, und die in der Stratosphäre jahrelang schweben blieben.

Von der rund 33 Quadratkilometer grossen Insel Krakatau war weniger als die Hälfte übrig geblieben, und wenn nicht der Vulkan mehr als 18 Kubikkilometer Asche und Bimstein in die Luft geblasen hätte, die sich zum grössten Teil natürlich in der Nähe wieder zusammenfanden, so wäre die Insel wahrscheinlich bis auf einen Steinpfeiler aus der einen Wand des Vulkans ganz verschwunden gewesen. Eine Insel ganz in der Nähe, "Verlaten Eiland" geheissen, war zwar nicht mit explodiert, aber zwanzig Meter tief verschüttet worden. Eine dritte kleine Insel hatte sich aus der Vulkanschlacke gebildet. Krakatau und Verlaten Eiland hatten geradezu einen Weltuntergang erlebt. Von ihren Tropenwäldern war kein Blättchen unverbrannt und unerstickt geblieben. Dadurch bekam die Forscheung das Schauspiel zu sehen, wie das Leben diesen völlig unfruchtbaren und nackten Fels wieder eroberte.

Schon drei Jahre nach der Vulkanexplosion machte man von Java aus die erste Expedition nach Krakatau, unter Leitung des Direktors des Botanischen Gartens von Buitenzorg bei Batavia, Melchior Treub mit Namen. Treub sah zu seinem grössten Erstaunen, dass die Pflanzenwelt schon in vollem Kampfe gegen den

Fels stand, um die Insel dem Leben zurückzuerobern. Ueberall machten sich Kolonien von Blau- oder Spaltalgen breit, einzeln mikroskopisch klein, hier jedoch zu ansehnlichen Klumpen geballt und in härtester Arbeit, um den Boden für andere, anspruchsvollere Pflanzen vorzubereiten. Die waren inzwischen auch schon in der Form von tropischen Farnkräutern angekommen. Elf Farnarten zählte Treub bereits, gegen 6 Arten von Spaltalgen, und dazu kamen noch zwei Grasarten und vier Blumen aus der Gruppe der sogenannten Kompositen. Alle diese Gewächse bezw. ihre Samen mussten durch die Luft den Weg nach Krakatau gefunden haben. Die Samen der Blumen besitzen ja oft allerlei Flughäute und Flüghaare, die Grassamen ebenso, während die Sporen der Spaltalgen und auch der Farne an sich so winzig sind, dass sie zum Schweben und Fliegen keine besonderen Hilfsmittel mehr gebrauchen. Am Strande gab es ausserdem neun verschiedene Sorten von Strandpflanzen, die sicherlich mit Hilfe der Meereswogen dorthin gekommen waren.

Nach solchen Ergebnissen liess man den Fortgang der Ereignisse auf Krakatau natürlich nicht mehr aus den Augen. Elf Jahre später machte Treub mit seiner Botanikerschar den nächsten Besuch, und nun sah die Insel schon so aus, als sei sie nie tot gewesen. Gräser machten sich breit; die ersten Kokosnüsse waren mit den Wellen angereist gekommen und befanden sich in muntrem Keimen; Pandanus und Wolfsmilch hatten sich eingefunden und brav vermehrt; Trichterwinden schlängelten sich durch jede Platz, den sie noch hatten erreichen können; Eichen, Mangos und Farbholzbäume waren da, Zuckerpalmen und Orchideen, Kompositen und Leguminosen, beide mit grossen und farbigen Arten, - es war eine wahre Pracht. Der Generalappell der vereinigten wissenschaftlichen Streitkräfte ergab, dass sich 22 Algen und ähnliche niedere Pflanzen, 12 Farne und 50 höhere Pflanzen inzwischen fest eingebürgert hatten. Auch das verschüttete "Verlaten Eiland" war nicht ganz verlassen geblieben. Auf seinen Asche- und Bimsteinschichten keimten Kasuarbäume in hellen Mengen, sodass sie ganze kleine Urwälder bildeten. Die Untersuchung ergab, dass sämtliche Algen und Farne sicherlich durch die Luft gekommen waren, ebenso alle Gräser, Kompositen und Orchideen. Alle Strandpflanzen, die Kasuarinen, die Wolfsmilchgewächse und die Kokosnüsse dagegen hatten sicherlich den Wasserweg genommen. Für ein paar Arten aber kam noch ein ganz besonderes Verkehrsmittel in Frage, zwar auch ein Luftschiff, aber ein lebendes: sie waren durch fliegende Tiere, wofür hier ausser den Vögeln die "Fliegenden Hunde" in Betracht kommen, auf die Insel gelangt. Ob sie den Weg im Magen und Darm oder irgendwo aussen am Körper der Tiere klebend zurückgelegt hatten, liess sich natürlich nicht entscheiden. Beides ist möglich.

Seit diesen ersten Besuchen hat man Krakatau immer wieder durchforscht und weitere Neuankömmlinge gefunden; nur wurden es allmählich natürlich weniger. Und nun ist abermals Aufruhr auf Krakatau, - der Vulkan hat sich noch nicht beruhigt; die alte Wunde am Meeresgrunde scheint erneut aufgerissen zu sein. Wieviel von der tropischen Urwaldherrlichkeit diesmal dran glauben musste, wissen wir noch nicht. Das eine jedoch wissen wir nach diesen Erfahrungen bestimmt: wiederkehren wird sie auf jeden Fall.

Willy Ley.

Prätendenten und Exmonarchen.^x

SPD. Aus Paris kommen zwei Meldungen: Der Bruder des verstorbenen Exschah von Persien, ein weithin unbekannter Prinz Hassan, hat ein Manifest veröffentlicht, in dem er seine Ansprüche auf den Stuhl des Königs der Könige geltend macht und die Regierung des Schahs Riza Pahlawi für ungesetzlich erklärt. Am gleichen Tage erfuhr man, dass die Exkönigin Natalie von Serbien wegen

Betteln und Vagabundieren vor einem Kaffeehaus des Quartie Montmartre festgenommen wurde.

Schicksale von Kaisern und Königinnen! Der regierende Schah von Persien, einst einfacher Soldat, der, ein orientalischer Bonaparte, durch Tüchtigkeit an die höchste Stelle kam und, um eines Hauptes Länge grösser denn alles Volk, die unfähige, sich an der Riviera amüsierende Dynastie der Kadjaren absetzte, wird von dem Protest des Herrn Hassan wenig Notiz nehmen. Und Alexander, der König der Serben, Kroaten und Slovenen aus dem Hause Kara=Georgiewitsch, wird durch das Elend, in dem die Exmajestät Natalie lebt, die Frau des Königs Milan aus dem Haus Obrenowitsch, dem Fürstengeschlechte, das durch die Mordnacht vom 29. Mai 1903 ausgelöscht wurde, kaum gerührt werden. So geht der Ruhm der Welt unter!

Paris ist - das hat uns Daudet in seinen "Könige im Exil" geschildert - der grosse Zufluchtsort der abgesetzten Monarchen. Frankreich selbst hat gleich zwei Kronpräsidenten, deren Anhängerzahl freilich nur verschwindend gering ist. Wer ist heute, wenn man bonapartistisch denkt, Kaiser der Franzosen? Ein Prinz Napoleon, der Fünfte seines Namens, der in Brüssel lebt und gegen den Willen des klugen, auf Freundschaft mit dem republikanischen Frankreich bedachten Königs Leopold dessen Tochter Clementine heiratete! Allerchristlicher König von Frankreich ist, wenn wir seine Proklamation ernst nehmen, Johann der Dritte aus dem Hause Bourbon=Orléans. Sein Vorgänger, Heinrich der Fünfte, Graf von Chambord, hätte sich nach 1870, in den ersten Jahren der heutigen französischen Republik, beinahe in Reims zum König von Frankreich krönen lassen können, wenn er nicht so rückständig gewesen wäre, die blauweissrote Trikolore abschaffen und das verhasste Lilienbanner seines Hauses wieder einführen zu wollen.

Überall in der ganzen Welt sitzen verjagte Monarchen! Man zählt heute in der Welt vier Kaiserreiche: Indien, das mit dem Vereinigten Königreich Gross-Britannien durch Personalunion verbunden ist, Japan, Persien und Abessinien. Vor etwas mehr als einem Jahrzehnt hatten wir noch einen Deutschen Kaiser, einen Kaiser von Oesterreich, einen Kaiser von Russland, einen Kaiser der Osmanen, und bis vor etwa einem halben Jahrhundert auch noch einen Kaiser von Brasilien, einen Kaiser von China. Von Königen verschwanden die Herrscher von Portugal, Griechenland, Montenegro, Sachsen, Bayern und Württemberg. Es ist mit den Monarchien fürchterlich bergab gegangen, und es gab bis vor kurzem Königreiche, die der Mensch von 1930 schon beinahe vergessen hat.

Da sitzt, von einem ärmlichen Hofstaat umgeben, in Südfrankreich ein 22jähriger Mensch, der sich König nennt: Michael der Erste, König von Montenegro. Sein Grossvater Nikita hatte sich im August 1910 die Königskrone aufgesetzt und verlor sie 1919 durch einen Gewaltstreich seines eigenen Enkels, des damaligen Prinzregenten Alexander von Serbien. In Coburg residiert ein Mann, der sich Kaiser und Selbstherrscher aller Reussen und Zar zu Moskau nennt: Grossfürst Kyrill, der Vetter des erschossenen letzten Zaren. Zita, Kaiserin von Oesterreich und Königin von Ungarn a.D., ist eifrig bemüht, ihren ältesten Sohn, den Erzherzog Otto, mit der ungarischen Stefanskronen zu schmücken. Deutscher Kaiser, König von Preussen ist, wenn wir legotimistisch denken, Wilhelm, Prinz von Preussen, der älteste Sohn des Kronprinzen, und in der Tat flaggen die letzten, leicht zu zählenden Bannerträger der Hohenzollern, eini-ge ostelbische Grossgrundbesitzer, zu seinen Ehren am seinem Geburtstage. Der Kaiser von China, ein Kind noch, als 1912 die Mandschus gestürzt wurden und die chinesische Republik, "das grosse Chinesische Volksreich", verkündet wurde, ist ins Auslang gegangen, hat die Kaiserstadt von Peking, die ihm die Republik im Anfang als Wohnsitz eingeräumt hatte, verlassen und studiert an eine japanischen oder amerikanischen Universität. Der letzte Sultan der Türkei endlich lebt einsam auf Malta und der Griechenkönig ist ständiger Gast bei seiner rumänischen Schwiegermutter; kurzum: Viel monarchische Herrlichkeit ist in wenigen Jahren versunken.

Die Völker weinen ihren entflohenen oder vertriebenen Kaisern und Königen nicht nach. Nur uns Deutschen blieb es überlassen, den gewesenen Herren einen riesengrossen Abschiedsstrauss von Tausendmarkscheinen zu überreichen, die nach der Gesamtsumme in die vielen Millionen gehen. Als absonderlich darf aber ein Fall nicht vergessen werden, der in einer Zeit, da die Welt republikanisiert und demokratisiert wird, geradezu grotesk anmutet: Europa hat in den letzten 10 Jahren auch eine neue Dynastie bekommen, ein Herrscherhaus freilich, das von Mussolinis Gnaden mit Knuten, Galgen und Maschinengewehren regiert: das Geschlecht König Zogu's von Albanien. Die europäischen Staaten, die aus dem Weltkriege hervorgingen, Deutschösterreich, die Tschechoslowakei, Polen, Lettland, Estland, Litauen und Finnland, haben alle die Staatsform der Republik gewählt.

Der König von Dänemark fragte 1918 einen ihm befreundeten Kopenhagener Grosskaufmann nach dem Stande der Geschäfte. Dieser antwortete: "Schlechte Konjunktur, Euer Majestät!" König Christian aber sagte: "Reden Sie nicht! Für uns Könige ist die Konjunktur augenblicklich noch viel schlechter."

Er hatte ohne Zweifel recht. Auch seine eigene isländische Krone ist, wie man liest, ins Wanken gekommen.

Henning Duderstadt.

Am Schwarzen Meere.^x

SPD. Es ist erst neun Uhr morgens, und schon flirrt sengende Gluthitze vom Firmament. Endlich - ein langgezogenes Brüllen der Sirene, und unser Dampfer löst sich langsam vom Kai. Die Brust weitet sich. Der Reisende atmet frei, ja, beglückt auf: Heraus aus der brodelnden Stickluft des Hinterlandes, heraus auch aus dem lärmenden Getriebe Warna's!

Ohne Eile stampft das Schiff durch die Bucht, dem offenen Meere zu. Vorbei an dem Badestrande mit seinem krabbelnden Gewimmel von Händen, Köpfen, Füssen und Beinen. Vorbei an dem paradiesischem Meergarten mit seinen hohen Palmen und Kateen. Die schattige Kurpromenade ist von Badegästen dicht überflutet. Warna hat wieder seine Hochsaison, seine Konjunktur.

In weitem Halbbogen umziehen wir einen tief ins Meer vorgetriebenen Ausläufer des Balkankammes und gleiten in die offene See, vorüber an steil abfallenden Felswänden. Dort auf der höchsten erhebt sich der königliche Sommersitz Euxinograd, erbaut von dem alten Kuborger Ferdinand. Seit Wochen hat in den Gemächern ein grosses Scheuern und Restaurieren angehoben. Man munkelt immer lauter von der Rückkehr Ferdinands nach Bulgarien, der hier seinen Wohnsitz nehmen soll. Nicht als König und Konkurrent seines regierenden Sohnes Boris, nein, als privatester Privatmann, behaupten jene, die für seine Rückkehr Stimmung machen.

Hoch auf springen die Wellen unter dem Kiel hervor und breiten sich wie weisses Linnen in sanften Schwingungen aus. Vor uns die weite erhabene Ebene des Meeres, leicht gekräuselt, in zauberhaftem Grünblau. Das Schwarze Meer ist so wenig schwarz wie die blaue Donau blau. Unzutreffend war auch die frühere Bezeichnung "Pontus Euxinus", das "Agastliche" Meer. Das wird jeder Schiffer und Reisende bestätigen, der die Tücken dieses Meeres kennen gelernt hat. Am richtigsten war der ursprüngliche Name "Pontus Axinus", das "ungastliche" Meer. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht schwere Nordoststürme die Wasser dieses Meeres zu haushohen Wogen aufpeitschen. Und wehe den Schiffen, die dann nicht rechtzeitig in eine schützende Bucht flüchten können!

Je weiter wir nach draussen kommen, umso schärfer bläst es aus Nordost, umso stärker schaukelt und bockt unser Schiff. Schon treten einige Passagiere, schwankend, grüngelb das Gesicht, an die Reeling. Ihre innere Bilanz hat schnell das Gleichgewicht verloren... Scharen von Delphinen, kleinen, plumpen

Gesellen, begleiten uns. Jedermann freut sich über ihre passierlichen Sprünge, nach denen sie oft, Torpedos gleich, durch die kristallklaren Fluten dahin = schiessen. Sie scheinen recht lustig und vergnügt zu sein ob der reichen Tafel die ihnen von unfreiwilligen Gastgebern gedeckt wird...

Messemwria taucht auf. Ein uraltes, verwittertes Felsennest, hoch auf einer öden Halbinsel gelegen, die oft, aber immer erst nach erbitterten, blutigen Kämpfen in andere Hände übergegangen ist. Hier nisteten die Römer, die Griechen, die Byzantiner, die Bulgaren, die Türken. Viele Schlachten wurden um den Besitz dieser Meerfesten geschlagen. Ganze Ströme von Menschenblut haben hier den Boden durchtränkt und das Meer gerötet. Schon Herodot berichtet von dieser Feste in der Schilderung des verunglückten Krieges des Perserkönigs Darius gegen die Skythen. Heute gehört Messemwria den Bulgaren, doch seine Bevölkerung rekrutiert sich hauptsächlich aus Griechen und Türken. Die Stadt hat keinen Hafen, und unser Schiff geht weit draussen vor Anker. Grosse, schmutzige Ruderboote, besetzt mit hageren, sehnigen und wettergebräunten Gestalten, vermitteln durch die mächtige Dünung die Verbindung mit der Mole. Unbarmherzig sendet die Mittagssonne ihre brennenden Garben hernieder, als wir den steinigen Weg zur Feste hinaufklettern. Mühseliges Gestolper über das Kopfplaster der engen Gassen und Gässchen. Nur Holzhäuser, ein-, höchstens zweistöckig mit vielen Erkern und Balkons. In jeder Gasse die zerfallenen Gemäuer byzantinischer Kirchen aus den prunkvollen Tagen des oströmischen Kaiserreichs. Zusammen über 40 Kirchenruinen. Jeder reiche byzantinische Höfling, den Intrugenspiel und Ungünst vom Kaiserhofe hierher ins Exil verbannte, errichtete eine Basilika, um wenigstens mit seinem Gotte in Frieden und Eintracht zu leben. Riesige Schwärme von Möwen, kreischend, heulend, winselnd, kreisen in lautlosem Fluge dicht über unseren Häuptern, als wir wieder hinabsteigen an den Strand, den, soweit das Auge reicht, feiner, weisser, sammetweicher Sand bedeckt. Trotzdem sind hier nur vereinzelte Badegäste, denn es fehlt der kühlende Schatten.

Die Ankerketten rasseln. Weiter geht die Fahrt, südwärts. Auf niedriger, kahler Küste liegt Anchialo, nichtssagend, ohne jede Physiognomie. Die von armen Fischern und kleinen Salinenbesitzern bewohnte Stadt ist halbmondförmig von weissen, flachen und beetartigen Wassertümpeln umsäumt, in denen aus dem zugeleiteten Meerwasser durch Verdunstung ein grobkörniges, schmutziges Salz gewonnen wird. Der Fischfang wie die Salzgewinnung sind hier kümmerliche Erwerbe, denn das Schwarze Meer ist weder fisch- noch salzreich. Und oft genug werden diese Salzsalinen von der Sturmflut überbraust und zerstört, um erst in monatelanger saurer Arbeit wieder hergestellt zu werden.

Tiefgolden steigt der Mond gemächlich aus den dunklen Fluten, als wir der Bucht von Burgas zusteuern, von wo die ersten Leuchtfeuer herüberblinken. Die bulgarische Hafenstadt Burgas hat ihre nördliche Schwester Warna, die durch den Verlust der reichen Getreidekammer Dobrudscha an Rumänien - eine der ungeheuerlichsten Ungerechtigkeiten der Friedensverträge, denn dieses Gebiet ist rein bulgarisch - den grössten Teil ihres Hinterlandes verloren hat, in den letzten zehn Jahren weit überflügelt. Man sieht dem Hafen und seinen Anlagen deutlich das Tempo seiner flotten Aufwärtsentwicklung an. Abgesehen von einigen kleinen Schleppern liegt das weite Hafenbecken wie ausgestorben. Sichtbar äussert sich die würgende Wirtschaftskrise. Seit zwei Wochen hat kein fremdes Schiff mehr hier vor Anker gelegen, versichert mir der freundliche Zollinspektor. Krise, Krise. Die zahlreichen Hafendarbeiter darben und hungern buchstäblich. Die Erwerbslosenunterstützung steht hierzulande nur auf dem Papier.

Wenige Waren werden ein- und ausgeladen, dafür aber grosse Viehtrupps herangeführt, die der Schiffsrumpf verschluckt. Ochsen, Kühe, Schafe, Hammel, Geflügelkäfige; es nimmt kein Ende. Die Tiere gehen nach Griechenland, einem der Hauptbestimmungsländer des bulgarischen Exportes. Endlich, gegen den frühen Morgen, ist alles verstaut, und die Landungsbrücke wird hochgewunden. Es folgt eine unruhige, wenig angenehme Tages- und Nachtfahrt. Graues Wolkengefetz hängt am Himmel; die See ist bewegt. Heftig schlingert das Schiff und rüttelt Be-

satzung, Passagiere und Ladung unbarmherzig durcheinander. Nur wenige Reisende erscheinen zu den Mahlzeiten. Aus dem Schiffsinnern ertönt ein erbarmungswürdiges Brüllen der eng eingepferchten und verängstigten Tiere. Alle Töne der Viehställe sind zu hören. Man flüchtet auf das Vorderschiff. Auch der Gerüche wegen....

Am grauen, nebligen Morgen laufen wir in den Bosphorus. Senkrecht aus dem Meere steigen bei Rumeli Kawak die rauhen basaltischen Uferfelsen gen Himmel. Ein Motorboot schiesst heran, und pfeilschnell klettert der Hafenlotse auf einer Strickleiter an Bord, um das Schiff durch die Riffe und Meerenge in den Hafen am Goldenen Horn zu steuern. Konstantinopel mit seinen Moscheen, Minaret Serails, Palästen, Ruinen und mit seinem Gerümpel taucht im ersten Sonnenscheine auf.

Dr. Alfred Laufer.

Ein grausamer Fürstenschertz.^x

SPD. Bei dem Worte "Hofnarren" denken wir gewöhnlich an die Narrenfiguren des Mittelalters, etwa an den "Lustigen Rat" Kaiser Maximilians, Kunz von der Rosen, der von seinem Herrn hoch in Ehren gehalten wurde. Die Stellung der Hofnarren war jedoch meistens eine ganz andere. In Wahrheit spielten die Herren mit ihnen Schindluder - und am schlimmsten erging es wohl den Hofnarren der späteren Zeit: Sie waren nichts als bedauernswerte Zielscheiben sadistischer Spässe für ihre Herren. Das Privileg der Narrenfreiheit war ihnen genommen; irgendein armer Teufel wurde zum Prügelknochen der ganzen Hofgesellschaft, und oft genug bezahlten diese Narren ihre Spässe mit ihrem Leben.

Einer der letzten Fürsten, die es sich nicht nehmen liessen, ihre brutalen Launen an den wehlosen "Spasmachern" auszutoben, war Friedrich Wilhelm I., der preussische "Soldatenkönig". Er hielt sich über ein halbes Dutzend "Spasmacher", denen er zum Teil recht hohe Staatsstellungen gab, ohne sie von ihren Verpflichtungen zur Erheiterung der Hofgesellschaft zu entbinden, Menschen verschiedenster Stände, vom Gelehrten bis zum "Jagdnarren", und alle wurden gleicherweise geprügelt und misshandelt.

Einer seiner Narren war ein ehemaliger Tambourmajor, Jäckel, der besonders oft zu den Sitzungen des berühmten Tabakskollegiums befohlen wurde. Einmal behauptete dieser vorwitzige Narr, dass er den König, wenn der sich seiner Kurmethode anvertrauen wollte, von der Gicht heilen könnte. Friedrich Wilhelm ging darauf ein, und der Narr warf ihn nun unversehens bei einem Spazierrgang von einem Steg ins Wasser: Ein grobianischer Spass, der sonst durchaus im Geschmack der Zeit und besonders Friedrich Wilhelms I. war. Diesmal jedoch stellte der König sich äusserst zornig, liess sofort vom Tabakskollegium ein ausserordentliches Kriegsgericht bilden - und Jäckel wurde von diesem Gerichte zur sofortigen Hinrichtung durch das Schwert verurteilt. Man führte ihn vors Schloss; dann wurden ihm die Augen verbunden; er musste niederknien, und man entblösste ihm den Nacken. Darauf kommandierte der König: "Scharfrichter vor!" Ein Mitglied des Tabakskollegiums trat vor und schlug Jäckel mit einer langen, frischgefüllten Bratwurst ins Genick. Unter dem brüllenden Gelächter der übermütigen angesäuselten Zuschauer stürzte Jäckel zusammen. Aber als man den Mann aufhob, war das Opfer der Neckerei wirklich tot - vor Schreck gestorben.

Um diese Todesangst dieses armen Teufels zu verstehen, muss man wissen, dass derartige Todesurteile "aus königlicher Machtvollkommenheit" ohne weiteres Gerichtsverfahren damals nichts Seltenes waren: Liess doch sogar Frie-

drich II., der "Weise auf dem Thron", einen Jesuitenpater Faulhaber hinrichten, durch einfachen Befehl - "ohne ihm einen Beichtiger zu gewähren", weil Faulhaber einem Soldaten in der Beichte die Desertion nur als grosse, jedoch verzeihliche Sünde hingestellt hatte.

A.L.

Die Grenadiere.

Zur Wahlschlacht zog eine Staatspartei.
Die war von Mahraun gefangen.
Koch = Weser befehligte eine Ballei,
Und dahinter kam Lemmer gegangen.

Herr Melchior sagte: "Was heisst hier Semit?
Ich ändre die Nase mit Puder.
Auch Georg Bernhard hielt gleichen Tritt
Und wurde ein jungdeutscher Bruder.

Gertrud Bäumer scherte nicht schwarzrotgold,
Sie hatte weit höh'eres Verlangen.
Sie sprach: "Ich hab' stets die Synthese gewollt,
Ich bin sie mit rechts eingegangen."

Koch=Weser ergriff noch einmal das Wort:
"Ich hatte so Angst vor den Wahlen.
Aber jetzt sind alle Befürchtungen fort.
Ich schwör' auf die Volksnationalen!"

Bricht Erkelenz auch über mir seinen Stab :
Ich sehe Mandate blitzen!
Ich steige aus dem politischen Grab,
Um den Brüning, den Brüning zu schützen!"

Jodok.

SPD. Neue Katakomben entdeckt.^x Durch den zufälligen Einsturz eines Schachtes bei San Lorenzo wurde eine neue Gruppe christlicher Katakomben entdeckt. Die päpstliche archäologische Kommission hat sofort Nachforschungen anstellen lassen, die interessante Ergebnisse gezeitigt haben. Die unterirdischen Gänge stammen aus zwei Epochen. Die ältesten reichen bis in die Mitte des dritten Jahrhunderts zurück. In den Grabnischen fand man allerlei Gegenstände aus Elfenbein und Kupfer, auch schwarze Perlen. Die meisten Gaben befanden sich in den Kindergräbern. Hier lagen kleine, zierliche kupferne Glocken, Armbänder, Ringe, Münzen und Vasen. Ausserordentlich interessant sind auch die Inschriften auf den Marmortafeln. In den Katakomben wurden sechs gut erhaltene Sarkophage entdeckt.
